

Eckhard Jesse

Interventionen

Zur (Zeit-)Geschichte und zur Politikwissenschaft:
Extremismus, Parteien, Wahlen



Nomos

„Parteien und Wahlen“ – so der Titel der Reihe – sind zentral für die politische Willensbildung. Bei Wahlen entscheiden Bürgerinnen und Bürger darüber, wem sie die politische Führung anvertrauen. Wahl heißt allerdings immer: Herrschaft auf Zeit. Und Wahl heißt auch: Auswahl. Eine repräsentative Demokratie benötigt Parteien als Mittler zwischen der Bevölkerung und der Regierung. Diese dienen der politischen Führungsauslese, wollen politische Verantwortung übernehmen und sollen unterschiedliche Interessen artikulieren. Sie selbst sind dem Postulat der innerparteilichen Demokratie verpflichtet. Bei aller Kritik an ihnen: Eine demokratische Alternative zu ihnen gibt es nicht.

In dieser Reihe sollen Bücher mit einschlägigem Inhalt veröffentlicht werden: Monographien und Sammelbände. Dabei kann es sich um Themen handeln, denen grundlegende oder denen aktuelle Relevanz zukommt. Das Spektrum ist weit gespannt. Es reicht von Wahlanalysen über Studien zum Parteiensystem oder zu einzelnen Parteien. Auch die lange vernachlässigte Koalitionsforschung findet Berücksichtigung. Gleiches gilt für die Parlamentarismus- und die Wahlsystemforschung. Die Herausgeber wollen wichtige Analysen im Umkreis der Themen Parteien und Wahlen einer breiteren Öffentlichkeit vorstellen. Parteienkritik und alternative Partizipationsformen als Herausforderungen für die Parteiendemokratie gehören dazu. Möge dieses Themenspektrum auf Interesse bei einem größeren Leserkreis stoßen: bei interessierten Beobachtern der Politik, bei Multiplikatoren der politischen Bildung und bei der Wissenschaft.

Parteien und Wahlen

herausgegeben von

Prof. Dr. Eckhard Jesse, Technische Universität Chemnitz

Prof. Dr. Roland Sturm, Friedrich-Alexander-Universität

Erlangen-Nürnberg

Band 31

Eckhard Jesse

Interventionen

Zur (Zeit-)Geschichte und zur Politikwissenschaft:
Extremismus, Parteien, Wahlen



Nomos



Onlineversion
Nomos eLibrary

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-7560-0669-4 (Print)

ISBN 978-3-7489-4194-1 (ePDF)

1. Auflage 2023

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2023. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Inhaltsverzeichnis

Zu diesem Band	9
Teil 1: (Zeit-)Geschichte	29
Nationale Identität in unterschiedlichen Regierungssystemen Deutschlands: Nationalfeiertage – Nationalfarben – Nationalhymnen	31
1968 – und 50 Jahre später. Eine deutsch-deutsche Bestandsaufnahme	51
Freiheitsrevolution 1989 und Einheitsrevolution 1990. Eine Geschichte mannigfacher Paradoxien	69
Corona und die stickige Debattenkultur	83
Teil 2: Politikwissenschaft	101
Freiburg, Köln, Marburg. Über politikwissenschaftliche Schulen in Deutschland	103
Die Wahlsystemkonzeptionen von Ferdinand A. Hermens und Dolf Sternberger im Vergleich	133
Die DDR als Chance? Die DDR als Chance!	161
Von der Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen und der Ungleichzeitigkeit des Gleichzeitigen. Periodisierungen, Parteien, Parallelen	169
Teil 3: Extremismus	181
Antifaschismus – gestern und heute	183

Die NPD und der gescheiterte Verbotsantrag gegen sie	219
Linksliberalismus und Islamismus. Aus der Perspektive der vergleichenden Extremismusforschung	241
Äquidistanz und Hufeisenmodell einerseits, antifaschistischer Konsens und Ausgrenzung andererseits	257
Teil 4: Parteien	291
KPD – SPD – SED – SDP – SPD. Von der Ausschaltung der SPD in der SBZ bis zur Gründung der SPD in der DDR	293
Krise (und Ende?) der Volksparteien	307
Braucht Deutschland eine bundesweit wählbare, konservative CSU?	321
Repräsentation versus Repräsentativität. Die Rede des Alterspräsidenten Wolfgang Schäuble	335
Teil 5: Wahlen	345
Wahlen und Eliten	347
Aktuelle Reformvorschläge zum Wahlrecht. Die Modifizierung der Fünfprozentklausel durch die Einführung einer Nebenstimme und die Abschaffung des Zweistimmensystems	371
Die Bundestagswahl 2021 mit vielen Neuheiten. Kein Kanzlerbonus, erstes Dreier-Bündnis nach 70 Jahren, Isolation der geschwächten Union	391
Die Bundestagswahl 2021 im Spiegel der repräsentativen Wahlstatistik	421

Teil 6: Interviews, Briefwechsel – und Messi	449
„Entscheidend ist, was jemand schreibt, nicht wo er schreibt“. Ein Gespräch über Stand und Aufgabe der Politikwissenschaft	451
Von Fliegenbeinzählern und Märchenonkeln. Ein Gespräch zwischen Klaus von Beyme und Eckhard Jesse über Trends in der deutschen Politikwissenschaft, alternative Karrierewege und den Wert der Habilitation	467
„Verzeihen Sie meinen Furor“. Briefwechsel zweier „streitbarer Demokraten“ aus Anlass des „Radikalenerlasses“ vor 50 Jahren	481
„Die Jüngerer sollen auch mal ran“. Was macht eigentlich ... Eckhard Jesse?	497
Messi. Über Freud und Leid mit einem Jahrhundertfußballer	501
Anhang	515
100 Dissertationen	517
Drucknachweise	525
Zum Verfasser	527
Personenregister	529

Zu diesem Band

Der Verfasser hat schon mehrfach Texte aus Zeitschriften oder aus Sammelwerken in einem Band nachgedruckt.¹ Auf diese Weise kann der Leser, die Grundpositionen eines Autors zu den verschiedensten Themen besser eruieren, seien es Kontinuitäten, seien es Diskontinuitäten. Die Beiträge, die nahezu ausschließlich Vorgänge in Deutschland in den Blick nehmen, berühren Probleme „über den Tag hinaus“. Die „Interventionen“, so der Titel dieses Buches, betreffen mehr die Wissenschaft, weniger die Politik. Obwohl dem Schreiber sein meist folgenloses „Einmischen“ bewusst ist, engagiert(e) er sich in dieser oder jener Frage.

Diesmal finden zwischen den Jahren 2016 und 2022 veröffentlichte Aufsätze Aufnahme. Dabei hatte der Verfasser angesichts des zur Verfügung stehenden Platzes die Qual der Wahl. Ihm war einerseits daran gelegen, unterschiedliche Textsorten zu berücksichtigen und andererseits verschiedene Gebiete innerhalb der Politikwissenschaft. Gleichwohl musste er auf manche ihm wichtig erscheinende Themen verzichten, etwa:

(1) Das gilt für ein spezifisches Strukturdefizit der hiesigen Demokratie. Bürger wählen das Parlament, wissen aber gar nicht, welche Koalition zustande kommt, da Parteien sich seit einiger Zeit nicht mehr auf ein bestimmtes Bündnis festlegen. Im Grunde werden die Wähler damit entmündigt.² So kam es 2021 nach der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern nicht zur Fortsetzung der gut funktionierenden rot-schwarzen Koalition, sondern zu einem rot-roten Bündnis. Im Vorfeld hatte darauf nichts hingedeutet. Und nach der Berliner Wiederholungswahl 2023 entschied die SPD unter Franziska Giffey angesichts schwerer Einbußen, die Koalition mit

1 Vgl. Eckhard Jesse, *Demokratie in Deutschland. Diagnosen und Analysen*, hrsg. von Uwe Backes und Alexander Gallus, Köln u.a. 2008; *Diktaturen in Deutschland. Diagnosen und Analysen*, Baden-Baden 2010; *Extremismus und Demokratie. Parteien und Wahlen – historisch-politische Streifzüge*, Köln u.a. 2015.

2 Vgl. ders., *Wie lässt sich der Einfluss der Wähler auf die Regierungsbildung steigern?*, in: *Gesellschaft – Wirtschaft – Politik 70* (2021), S.155-163; ders., *Koalitionspolitik*, in: Frank Decker/Viola Neu (Hrsg.), *Handbuch Parteien*, 3. Aufl., Wiesbaden 2018, S.127-147; ders., *Warum Koalitionsregierungen den Wähler entmachten (können). Ein demokratietheoretisches Dilemma*, in: Tom Mannewitz (Hrsg.), *Die Demokratie und ihre Defekte. Analyse und Reformvorschläge*, Wiesbaden 2018, S. 251-267.

den Grünen und der Partei Die Linke nicht weiterzuführen. Stattdessen wurde sie Juniorpartner einer von der CDU geführten Regierung. Würde die Anregung von Peggy Matauschek, ein Prämienwahlsystem mit Koalitionsbonus vorzusehen, in die Wirklichkeit umgesetzt³, votierte der Wähler für eine Partei wie für eine Regierung.

(2) Der Themenkomplex (Rechts-)Populismus und AfD bleibt ebenso ausgespart. Er hat angesichts der politischen Entwicklung in den letzten Jahrzehnten, nicht bloß in Deutschland, geradezu Konjunktur⁴. Wie sinnvoll mutet der Gebrauch des Begriffs „Populismus“ an? Ergänzt er den des Extremismus und ersetzt ihn gar? Gilt er als weiche Form des Extremismus, wie in manchen Texten mehr indirekt als direkt beschrieben? Ist die AfD eine rechtspopulistische Partei – und die Partei Die Linke eine linkspopulistische? Auf diese Fragen hat der Verfasser mehrfach Antworten gegeben.⁵ Mit dem diffusen Begriff des „Populismus“ wird mindestens so oft Schindluder betrieben wie mit dem des „Extremismus“. Trotzdem bereichert er – präzise benutzt – das politikwissenschaftliche Instrumentarium.

3 Vgl. Peggy Matauschek, Wahlsystemreform in Deutschland. Plädoyer für ein Prämienwahlsystem mit Koalitionsbonus, Baden-Baden 2011; dies., Ein Prämienwahlsystem mit Koalitionsbonus – adäquates Mittel gegen lagerübergreifende Zweier- und Dreierkoalitionen und einen aufgeblähten Bundestag, in: Zeitschrift für Politik 69 (2022), S. 198-216.

4 Um stellvertretend Bücher von Frank Decker zu nennen: Parteien unter Druck. Der neue Rechtspopulismus in den westlichen Demokratien, Leverkusen 2001; Der neue Rechtspopulismus, Wiesbaden 2004; Wenn die Populisten kommen. Beiträge zum Zustand der Demokratie und des Parteiensystems, Wiesbaden 2013; Rechtspopulismus, Stuttgart 2017; als Hrsg. mit Bernd Hennigsen, Marcel Lewandowsky und Philipp Adorf, Aufstand der Außenseiter. Die Herausforderung der europäischen Politik durch den neuen Populismus, Baden-Baden 2022.

5 Sorglose Begriffswelt. Nicht jeder Extremist ist populistisch, nicht jeder Populismus extremistisch, in: Die Politische Meinung 61 (2026), Heft 7/8, S. 30-34; Populismus und Extremismus. Terminologische Abgrenzung – das Beispiel der AfD (mit Isabelle-Christine Panreck), in: Zeitschrift für Politik 64 (2017), S. 59-76; Nach der Bundestagswahl 2017. AfD und Die Linke – wieviel Populismus steckt in ihnen?, in: Politische Studien 68 (2017), Heft 6, S. 41-51; Populistische und extremistische Parteien in den neuen Ländern, in: Politische Studien 72 (2021), Heft 3, S. S. 68-78; Das Aufkommen der Alternative für Deutschland. Deutschland ist kein Ausnahmefall, in: Heinz Ulrich Brinkmann/Isabelle Christine Brinkmann (Hrsg.), Rechtspopulismus in Einwanderungsgesellschaften. Die politische Auseinandersetzung um Migration und Integration in westlichen Industriegesellschaften, Wiesbaden 2019, S. 97-130.

(3) Schließlich fehlen in den letzten Jahren verfasste Porträts – sei es zu Personen aus dem extremistischen Milieu⁶, sei es zu solchen aus dem wissenschaftlichen Umfeld.⁷ Im ersten Fall besteht die Gefahr der Dämonisierung, im zweiten die der Apotheose. Empathie, die weder auf Sympathie noch auf Antipathie hinauslaufen muss, vermeidet beides. Wer Haltungen oder Handlungen verstehbar zu machen versucht, bekundet deswegen nicht unbedingt Verständnis für sie.

Berücksichtigung finden wissenschaftliche Texte wie stärker essayartige, für einen größeren Leserkreis verfasste, so aus dem Periodikum INDES. Die von dem Göttinger Politikwissenschaftler Franz Walter 2011 begründete und seit 2022 von dem Bonner Politikwissenschaftler Frank Decker herausgegebene Zeitschrift weist ein hohes Maß an Interdisziplinarität auf. Politik- und Geschichtswissenschaftler schreiben in ihr, ferner Kultur- und Kommunikationswissenschaftler, um zwei weitere Fachgebiete zu nennen. Das Organ, das einen angenehmen Debattenstil pflegt, praktiziert kein Revierverhalten, ganz im Gegenteil. Zudem legt es Wert darauf, dem wissenschaftlichen Elfenbeinturm zu entfliehen: durch eine klare Sprache, durch Bezugnahme auf Aktualität, durch Annäherung an die Publizistik. Methodisches Wassertreten gilt als Ballast. Der Verfasser empfindet große Dankbarkeit für die stete Publikationsmöglichkeit in dem Periodikum.

Dieser Band ist in sechs Teile gegliedert. Sie umfassen jeweils vier Texte. Eine trennscharfe Abgrenzung zwischen ihnen dürfte kaum möglich sein.

6 Vgl. vom Verfasser: Radikalisierung: Das Beispiel von Horst Mahler und Ulrike M. Meinhof, in: Ralf Altenhof/Sarah Bunke/Melanie Piepenschneider (Hrsg.), Politischer Extremismus im Vergleich. Beiträge zur politischen Bildung, Berlin 2017, S. 237-262; Biographisches Porträt: Gudrun Ensslin, in: Uwe Backes/Alexander Gallus/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 29, Baden-Baden 2017, S. 188-200; Linksextremer, Rechtsextremer [über Horst Mahler], in: Cicero Heft 9/2020, S. 94-99; Biographisches Porträt: Lutz Taufer, in: Uwe Backes/Alexander Gallus/Eckhard Jesse /Tom Thieme (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 33, Bd. 2021, S. 217-230.

7 Vgl. vom Verfasser: Karl R. Poppers „Die offene Gesellschaft und ihre Feinde“, in: Manfred Brocker (Hrsg.), Geschichte des politischen Denkens. Das 20. Jahrhundert, Frankfurt a.M. 2018, S. 264-278; Der Politikwissenschaftler Roland Sturm, in: Thorsten Winkelmann/Tim Griebel (Hrsg.), Der Brexit und die Krise der europäischen Integration, EU und mitgliederschaftliche Perspektiven im Dialog. Festschrift für Roland Sturm zum 65. Geburtstag, Baden-Baden 2018, S. 29-45; Peter Graf Kielmansegg zwischen Geschichtswissenschaft und Politikwissenschaft, in: Ahmet Cavuldak (Hrsg.), Die Grammatik der Demokratie. Das Staatsverständnis von Peter Graf Kielmansegg, Baden-Baden 2019, S. 109-125; Ein Regimetypus sui generis. Der Autoritarismus im Verständnis des Politikwissenschaftlers Juan J. Linz (1975/2000), in: Zeitgeschichtliche Forschungen 18 (2021), S. 423-429.

Beispielsweise: Der Aufsatz über „Corona“ und die Debattenkultur könnte statt unter der Überschrift „(Zeit-)Geschichte“ ebenfalls unter „Politikwissenschaft“ Aufnahme finden, dergleichen unter „Extremismus“ oder unter „Parteien“, je nachdem, welche Akzentsetzung in den Vordergrund tritt. Für die erneute Veröffentlichung wurde nichts verändert, nichts aktualisiert, nichts inhaltlich „zurechtgebogen“. Lediglich formale Vereinheitlichungen erfolgten und, in wenigen Fällen, stilistische Korrekturen. Irrtümer sind so erkennbar. Wenn gegenüber dem Originaltext ein Satz oder gar ein Absatz neu auftaucht, ist die ursprüngliche Fassung zugrunde gelegt worden.

Die Texte unter „(Zeit-)Geschichte“ sind zeitlich weit gespannt. Sie reichen von der Bedeutung der Nationalfeiertage, der Nationalfarben und der Nationalhymnen in deutschen Systemen (vom Kaiserreich angefangen) bis zur Corona-Pandemie. Nicht immer fiel die Kritik an den Kritikern der Corona-Politik souverän aus. Die Debattenkultur ließ Liberalität vermissen. Dieser Befund trifft ebenso auf andere Themenbereiche zu.⁸ Die beiden Texte über „1968“ und „1989/90“ erinnern an ganz unterschiedliche „Zeitenwenden“. Im ersten Fall ging es vornehmlich um die sozio-kulturelle Ebene im Westen, im zweiten einzig um den Osten des Landes, dafür aber um Politik, Gesellschaft und Wirtschaft gleichermaßen. Der Verfasser macht kein Hehl aus seiner These von der prinzipiell geglückten deutschen Einheit, ohne deswegen Fehler zu bestreiten. Kein Fehler war die schnelle Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zum 1. Juli 1990.⁹ Ich kann mich nicht mit Positionen anfreunden, welche die Schattenseiten zumal für den Osten herausstreichen und dadurch, wiewohl wider Willen, zur Spaltung¹⁰ des Landes beitragen.¹¹ Wer die Antritts- wie die Abschiedsvorlesung über

8 Vgl. dazu einige Beiträge des Autors, verfasst mit Jürgen W. Falter: Liberalität ist eine Geisteshaltung, in: Neue Zürcher Zeitung vom 22. Februar 2021, S. 13; Räume der Freiheit statt Safe Spaces, in: Cicero, Heft 8/2021, S. 40-44; Mehr Liberalität. Ein Zusammenschluss und vier Appelle, in: INDES 9 (2020), Heft 4, S. 122-135; Das neue Reinheitsgebot. Cancel Culture in Forschung und Lehre, in: Thomas Köhler/Christian Mertens (Hrsg.), Jahrbuch für Politische Beratung 2021/2022, Wien 2022, S. 245-254.

9 Vgl. Eckhard Jesse/Richard Schröder, Am Anfang war das Geld, in: Cicero Heft 4/2020, S. 72-80.

10 Der Verfasser verwendet diesen Begriff ungern, weil bei der Absage an Spaltungen ein harmonistisches Demokratieverständnis mitschwingen kann. Eine offene Gesellschaft ist auch durch Spaltungen gekennzeichnet. Sie dürfen freilich nicht zum Ende des Pluralismus führen.

11 Vgl. die an sich originelle, aber durch Zuspitzung überzogene Schrift von Dirk Oschmann, Der Osten: eine westdeutsche Erfindung, Berlin 2023.

die DDR gehalten hat¹², muss wohl nicht den Vorwurf fürchten, ihm fehle es an Interesse für diese Thematik.

Die vier Texte zur „Politikwissenschaft“ greifen eine Reihe vernachlässigter Aspekte auf. Der Beitrag zu „Schulen in der deutschen Politikwissenschaft“ erinnert an die Zeit der Gründungsväter des Faches mit ihren Schulgründungen. Heute existiert keine Freiburger, keine Kölner, keine Marburger Schule mehr. Der Aufsatz über „Wahlssystemkonzeptionen von Ferdinand A. Hermens und Dolf Sternberger im Vergleich“ weist nach, dass die beiden Politikwissenschaftler, auch sie gehörten zur ersten Generation im Fach, zwar für die Einführung eines mehrheitsbildenden Wahlsystems eintraten, aber mit unterschiedlichen Argumenten. Der im Titel merkwürdig anmutende Essay „Die DDR als Chance? Die DDR als Chance!“ plädiert für stärker politikwissenschaftliche Vorgehensweisen im Zusammenhang mit dieser Diktatur. Der Unterschied zwischen der Geschichts- und der Politikwissenschaft besteht ja nicht darin, dass das eine Fach auf die Vergangenheit zielt und das andere auf die Gegenwart. „Von der Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen und der Ungleichzeitigkeit des Gleichzeitigen“ ist ein Beispiel für die Gemengelage der beiden Disziplinen, verwischen und vermischen sich doch die Grenzen zwischen dem Allgemeinen und dem Individuellen. Leider sind die Doppellehrstühle für Politik und Zeitgeschichte mittlerweile verschwunden. Für den Verfasser ist das eigene Fach in einer Identitätskrise, die in vielen Ursachen wurzelt: Überhandnehmen quantitativer Methoden, Vernachlässigen relevanter Themen, Scheu vor begründeten Urteilen, weitgehende Abkehr von historischen Ansätzen, hohes Maß an Selbstreferenzialität.¹³ Nicht immer stoßen diese Defizite deutlich genug auf Kritik.¹⁴ Und umgekehrt ist manche Bärbeißigkeit gegenüber dem Leben wie dem Werk der politikwissenschaftlichen Gründergeneration selbstgerecht.¹⁵ Die Abschaffung des nach Theodor Eschenburg be-

12 Vgl. Eckhard Jesse, War die DDR totalitär?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 40/1994, S.12-23; Das Erbe der DDR. Essay, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 33-34/2015, S. 18-25.

13 Vgl. ders., Ist die deutsche Politikwissenschaft in einer Identitätskrise?, in: Karl-Rudolf Korte (Hrsg.), Politik in unsicheren Zeiten. Krieg, Krisen und neue Antagonismen, Baden-Baden 2016, S. 27-45.

14 Vgl. etwa Wolfgang Bergem/Helmar Schön (Hrsg.), Wie relevant ist die Politikwissenschaft? Wissenstransfer und gesellschaftliche Wirkung von Forschung und Lehre, Wiesbaden 2022.

15 Vgl. etwa Rainer Eisfeld (Hrsg.), Mitgemacht. Theodor Eschenburgs Beteiligung an „Arisierungen“ im Nationalsozialismus, Wiesbaden 2016.

nannten Preises für ein wissenschaftliches Lebenswerk durch die Deutsche Vereinigung für Politische Wissenschaft im Jahr 2013 ist ein Armutszeugnis, wie immer Eschenburgs Verhalten im Dritten Reich zu bewerten sein mag.¹⁶

Was wohl nicht überrascht: Der dritte Teil behandelt Fragen zum Extremismus, einem vorrangigen Forschungsfeld des Verfassers.¹⁷ Kaum ein anderes Teilgebiet der Politikwissenschaft ruft solch aufgebrachte Emotionen hervor. Allein der Vergleich zwischen „links“ und „rechts“ provoziert. Dabei ermittelt eine derartige Vorgehensweise Unterschiede und Parallelen anhand eines tertium comparationis. Das Wort von der „Unvergleichbarkeit“ führt folglich, streng genommen, in die Irre.

Die drei extremistischen Hauptvarianten fehlen nicht. Der Text „Antifaschismus – gestern und heute“ greift den Antifaschismus schwerpunkthaft als Kampfbegriff auf. Die Kontaminierung des Terminus durch Linksaußen unterbleibt häufig in der Literatur.¹⁸ Der Beitrag „NPD und der gescheiterte Verbotsantrag gegen sie“ analysiert den harten Rechtsextremismus dieser geächteten politischen Kraft, deren Verbot durch das Bundesverfassungsgericht unterblieb.¹⁹ Als Sachverständiger hat sich der Verfasser im „verfahren“ NPD-Verbotsverfahren entschieden gegen ein Verbot dieser ausgezehrten politischen Kraft ausgesprochen, so wie mehrmals zuvor.²⁰ Symbolpolitik grassierte! Der Aufsatz „Linksliberalismus und Islamismus“ lässt die uneinheitliche Haltung Linksliberaler zum Islamismus erkennen. Auf der einen Seite befürworten sie die multikulturelle Gesellschaft, auf der anderen lehnen sie Rückständigkeit des Islamismus, der Menschen-

16 Vgl. Eckhard Jesse, Theodor Eschenburg, Doyen der deutschen Politikwissenschaft. Einst unumstritten, streitbar, heute umstritten, unbestreitbar, in: Zeitschrift für Politik 62 (2015), S. 457-470.

17 Vgl. neben der Mitherausgeberschaft beim Jahrbuch Extremismus & Demokratie seit 1989: Wie gefährlich ist Extremismus? Gefahren durch Extremismus, Gefahren im Umgang mit Extremismus, Baden-Baden 2015 (Hrsg.); Extremismusforschung, Handbuch für Wissenschaft und Praxis, Baden-Baden 2018 (Hrsg. mit Tom Manne- witz).

18 Vgl. Richard Rohmoser, Antifa. Porträt einer linksradikalen Bewegung. Von den 1920er Jahren bis heute, München 2022.

19 Vgl. Thomas Kliegel/Matthias Roßbach (Hrsg.), Das NPD-Verbotsverfahren. Dokumentation des Verfahrens der Jahre 2013 bis 2017 vor dem Bundesverfassungsgericht, Tübingen 2020.

20 Vgl. etwa folgenden Text: Die Diskussion um ein neuerliches NPD-Verbotsverfahren – Verbot: kein Gebot, Gebot: kein Verbot, in: Zeitschrift für Politik 59 (2012), S. 296-313.

rechte negiert, entschieden ab. Insofern spaltet der Islamismus den Linksliberalismus. Beim vierten Text „Äquidistanz und Hufeisenmodell einerseits, antifaschistischer Konsens und Ausgrenzung andererseits“ ist bereits der Überschrift der Tenor zu entnehmen. Den Spott über das „Hufeisenmodell“ mag der Verfasser ganz und gar nicht teilen.²¹ Er hatte bereits vor 40 Jahren das Bild vom „Hufeisen“ verwendet, bezogen auf rechte und linke Diktaturen.²² In einem programmatischen DDR-Buch hieß es seinerzeit dazu: „Mit dem sicherlich originellen, deshalb aber noch lange nicht stimmigen Hufeisen-Bild wird suggeriert, die ‚westliche Demokratie‘ besäße sozusagen die Position der ‚Mitte‘ und würde nun von rechts und links in gleicher Weise bedroht.“²³ Gerhard Lozek, der Leiter des Herausgeberkollektivs, hat nach dem nahezu weltweiten Zusammenbruch des Kommunismus die Totalitarismus-Konzeption weitaus differenzierter beurteilt.²⁴

Den Kern aller vier Aufsätze bildet das Plädoyer für Äquidistanz im Umgang mit jeder extremistischen Variante. Diese Form des Antiextremismus ohne Schiefelage verbindet sich mit einer nicht-militanten Abwehr „des“ Extremismus. Dem „Antiextremismus“ wohnt freilich folgende Gefahr inne: Durch die Fixierung auf das Antidemokratische gelangen die Werte des demokratischen Verfassungsstaates wohl nicht hinreichend ins Blickfeld der Analyse.

Die zusammengehörigen zwei Teile „Parteien“ und „Wahlen“ behandeln wesentliche Bestandteile der Demokratie, erwähnen aber zugleich Herausforderungen. Diese beiden Themenfelder gehören zu meinen wissenschaftlichen und publizistischen Schwerpunkten.²⁵ Sie sind die „Grundfunda-

21 Vgl. beispielsweise: Eva Berendsen/Katharina Rhein/Tom David Uhlig (Hrsg.), *Extrem unbrauchbar. Über Gleichsetzungen von links und rechts*, Berlin 2009.

22 Vgl. Eckhard Jesse, *Renaissance der Totalitarismuskonzeption?*, in: *Neue Politische Literatur* 28 (1983), S. 485.

23 Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der SED gemeinsam mit dem Wissenschaftlichen Rat für Grundfragen des ideologischen Kampfes zwischen Sozialismus und Imperialismus, Akademie der Wissenschaften der DDR (Hrsg.), *Die Totalitarismus-Doktrin im Antikommunismus. Kritik einer Grundkomponente bürgerlicher Ideologie*, Berlin (Ost) 1985, S. 210.

24 Vgl. Gerhard Lozek, *Totalitär – (k)ein Thema für Linke?*, Berlin 1997.

25 Vgl. einige weitere Beispiele aus den letzten Jahren: *Bundestagswahlen. Wahlen – Parteien – Koalitionen*, Wiesbaden 2017; *Die deutsche Koalitionsdemokratie*, in: *Bürger & Staat* 67 (2017), Heft 2/3, S. 107-115; *Wahlverhalten, Parteiensystem und Koalitionsszenario im Vorfeld der Bundestagswahl*, in: *Gesellschaft – Wirtschaft – Politik* 66 (2017), S. 47-58; *Wahlen in den neuen Bundesländern seit 1990*, in: *Gesellschaft – Wirtschaft – Politik* 69 (2020), S. 321-334; *Parteien und Wahlen im Osten und im Westen Deutschlands*, in: *Bürger & Staat* 71 (2021), Heft 2, S. 114-120; *Politische Par-*

mentalbasis“; um ein tautologisches Kunstwort zu gebrauchen, des demokratischen Verfassungsstaates. Ohne Wahlen verlieren Parteien ihre Funktionen, ohne diese jene. Der Verfasser hat einige Texte ausgewählt, die einen repräsentativen Überblick seiner Arbeitsweise vermitteln.

„KPD – SPD – SED – SDP – SPD“ beschreibt im vierten Teil („Parteien“) das wechselvolle Verhältnis der SPD zur SED, wobei der Schwerpunkt auf 1989/90 liegt. Mut und Durchblick Martin Gutzeits, der als Initiator zur Gründung einer sozialdemokratischen Partei der SED die Machtfrage gestellt hatte, sind nicht hoch genug zu würdigen. Ihm war es maßgeblich zu verdanken, dass die neue Partei sich schnell von den Kräften der Bürgerbewegung mit ihren teils unausgegorenen Ideen lossagte. Wie der Text „Krise (und Ende?) der Volksparteien“ offenbart, ist die eine Volkspartei mit Blick auf Mitglieder und Wähler ebenso in Schwierigkeiten wie die andere. Allerdings war im Juni 2021 nicht absehbar, dass die Union bei der Bundestagswahl drei Monate später derart abstürzen und hinter der SPD liegen würde. Zuweilen ist die bundesweite Ausdehnung der CSU, die u.a. wegen des Streits um den Kanzlerkandidaten 2021 so schlecht wie nie zuvor abgeschnitten hatte, im Gespräch. Die Frage „Braucht Deutschland eine bundesweit wählbare, konservative CSU?“ wird negativ beantwortet. Die Volksparteien, deren krisenhafter Zustand ohnehin evident ist, erführen dadurch eine weitere Schwächung. Wolfgang Schäuble, der Alterspräsident des Deutschen Bundestages, der mit einer 50-jährigen Parlamentserfahrung als stets direkt gewählter Abgeordneter auf eine derart lange Dienstzeit zurückblickt wie kein anderer, hat in seiner Eröffnungsrede zum 20. Deutschen Bundestag einen überaus treffenden Kernsatz ausgesprochen, der angemessenes Parlamentsverständnis auf den Punkt bringt: „Verwechseln wir Repräsentation nicht mit Repräsentativität.“ Die subtile Kritik an der Identitätspolitik, die in Deutschland immer stärker vordringt²⁶, ist überzeugend.

Im fünften Teil („Wahlen“) wird eingangs das stark voneinander abweichende Verständnis extremistischer und demokratischer Positionen mit

teien, Wahlen, jeweils in: Rüdiger Voigt (Hrsg.), Aufbruch zur Demokratie. Die Weimarer Reichsverfassung als Bauplan für eine demokratische Republik, Baden-Baden 2020, S. 185-197, S. 511-524; Parteien unter Druck. Wandlungen der Parteienlandschaft im Zeichen der Polarisierung, in: Arnd Uhle/Matthias Friebe (Hrsg.), Polarisierung des Politischen. Gesellschaftliche Herausforderungen und institutionelle Konsequenzen, Berlin 2022, S. 11-35.

26 Vgl. für die USA: René Pfister, Ein falsches Wort. Wie eine neue linke Ideologie aus Amerika unsere Meinungsfreiheit bedroht, München 2022.

Blick auf „Wahlen und Eliten“ beleuchtet. Wer mit Freund-Feind-Stereotypen aufwartet, neigt dazu, den Ausgang von Wahlen auf mehr oder weniger geschickte Manipulationen zurückzuführen. Selbstverständlich sind Reformen zur Weiterentwicklung der Demokratie vonnöten, und zwar gerade für das Wahlrecht. Der nächste Text prüft sinnvolle „Reformvorschläge zum Wahlrecht“, etwa zur Einführung einer Nebenstimme und zur Abschaffung eines Zweistimmensystems.²⁷ Die Diskussion um den von Wahl zu Wahl mit mehr Abgeordneten aufgeblähten Bundestag (2002: 603; 2005: 614; 2009: 622; 2013: 631; 2017: 709; 2021: 736) ist ein besonderes Trauerspiel. Machtpolitische Spielereien aller Parteien schaden ihrem Ansehen. Das Wahlsystem, das über die Umrechnung von Stimmen in Mandate entscheidet, muss auf Konsens zwischen den Regierungs- und Oppositionsparteien beruhen. Dies war bei der letzten Großen Koalition nicht der Fall, und ist es jetzt nicht: Das Gesetz der „Ampel“-Regierung vom März 2023 sieht 630 Mandate vor und vermag den Einzug von Wahlkreissiegern in den Bundestag zu verhindern. In buchstäblich letzter Minute wurde die Grundmandatsklausel²⁸ gestrichen und flugs dafür gesorgt, dass Parteien mit einem Stimmenanteil unterhalb von fünf Prozent ihre gewonnenen Direktmandate nicht behalten dürfen. Dann könnte die CSU mit mehr als 30 Wahlkreissiegern aus ihren Reihen leer ausgehen, sollte sie die Marge von fünf Prozent nicht schaffen. Das Bundesverfassungsgericht muss nun über das Wahlgesetz der Großen Koalition von 2020 ebenso entscheiden wie über das der „Ampel“-Regierung von 2023. Für ein neues Wahlsystem sind nach Meinung des Verfassers drei Maximen zwingend: konsequente Orientierung am Verhältniswahlprinzip; Einzug aller Wahlkreissieger in den Bundestag; Einhaltung der gesetzlichen Mitgliederzahl des Bundestags in Höhe von 598. All das wäre erreichbar bei einer Reduktion der Zahl der Wahlkreise auf 150 oder auf 200.²⁹ Dann entfielen Überhangmandate und damit Ausgleichsmandate. Ein kleiner Nachteil: Durch die Vergrößerung der Wahlkreise ließe die (ohnehin weitgehend fiktive) Verbindung zwischen Wählern und Gewählten nach. Was oftmals unerwähnt bleibt: Die meisten Listenabgeordneten treten als Direktkandidaten an, sind folg-

27 Siehe Frank Decker/Eckhard Jesse, Wahlrechtsreform. Eine Agenda in zwölf Punkten, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 51 (2020), S. 785-801.

28 Vgl. Eckhard Jesse, Die Fünfprozentklausel aus politikwissenschaftlicher Sicht: Geschichte, Wirkung, Kritik, Reformen, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 54 (2023), S. 105-123, insbes. S. 111-114.

29 Vgl. ders., Die halbherzige Reform: wider den aufgeblähten Bundestag, in: Gesellschaft – Wirtschaft – Politik 70 (2021), S. 60-70.

lich in einem Wahlkreis heimisch. Die beiden Texte zur Bundestagswahl 2021 betreffen zum einen die Analyse des Wahlkampfs, des Ausgangs und seiner Folgen³⁰, zum anderen die Analyse der Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik.³¹ Dieses oft vernachlässigte, weltweit einzigartige Wahlinstrumentarium ermittelt aufgrund amtlich gekennzeichnete Stimmzettel das Wahlverhalten nach Alter und Geschlecht, ohne das Wahlgeheimnis zu verletzen.

Der Politikwissenschaftler Hans-Peter Schwarz schreibt in seiner Autobiographie: „Da ein Professor kein Roboter ist, durfte auch das Private nicht ganz ausgespart werden.“³² Nun ist dieser Sammelband keine Autobiographie, und der Verfasser will denen von Politikwissenschaftlern³³ keine weitere hinzufügen, doch hält er es für vertretbar, im sechsten Teil („Interviews, Briefwechsel – und Messi“) einige persönlich gefärbte Interviews und Briefwechsel aufzunehmen.

In dem INDES-Interview mit Felix Butzlaff und Matthias Micus erläutere ich mein Verständnis von Politikwissenschaft, das sehr an dem der ersten Generation im Sinn einer „Demokratiewissenschaft“ ausgerichtet ist. Selbstverständlich bedeutet dies keinen Alleinvertretungsanspruch auf einen solchen Ansatz, wäre das doch ein Verstoß gegen das Pluralismusgebot. Geprägt wurde ich als Student durch den Demokratietheoretiker Ernst Fraenkel, mit dem ich nach meiner allerersten Rezension³⁴ über seine Bücher in beständigem Kontakt blieb – bis zum Tod des Gelehrten Ende März 1975. Das mit Klaus von Beyme geführte INDES-Interview betraf überwiegend ebenso das Fach Politikwissenschaft, in dem der Hei-

30 Der Verfasser hat alle Bundestagswahlen seit 2002 untersucht. Vgl. zuerst: Eckhard Jesse (Hrsg.), Bilanz der Bundestagswahl 2002. Voraussetzungen, Ergebnisse, Folgen, Wiesbaden 2003. Die sächsischen Landtagswahlen werden seit 1999 analysiert. Zuerst: Die Landtagswahl in Sachsen vom 19. September 1999: Triumphale Bestätigung der CDU, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 31 (2000), S. 69-85.

31 Der Verfasser hat die repräsentative Wahlstatistik bereits für die Bundestagswahl 1972 heranzogen und seitdem immer wieder. Vgl. den Beitrag: Schlüssel zum Wahlverhalten. Die repräsentative Wahlstatistik und die Bundestagswahl, in: Frankfurter Hefte 29 (1974), S. 239-248.

32 Hans-Peter Schwarz, Von Adenauer zu Merkel. Lebenserinnerungen eines kritischen Zeitzeugen, hrsg. von Hanns Jürgen Küsters, München 2018, S. 15.

33 Vgl. Eckhard Jesse, Autobiographien deutscher Politikwissenschaftler – von Klaus Mehnert bis Bassam Tibi, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft 33 (2023), Heft 3 (i.E.).

34 Vgl. ders., Ernst Fraenkels Beiträge zur Pluralismus-Diskussion, in: Das Parlament vom 9. März 1974, S. 11.

delberger Wissenschaftler mit seinem Mammutwerk³⁵ für lange Zeit die höchste Reputation genoss. Ließ die Diskussion mit Beyme viel Konsens und wenig Dissens erkennen, war dies bei dem Briefwechsel mit Claus Leggewie deutlich anders: Hier überlagerte Dissens Konsens, ohne dass die Sachkontroverse in persönliche Zwigigkeiten umschlug. Das vorrangige Thema – der Extremistenbeschluss von 1972 – provoziert, selbst nach 50 Jahren.³⁶ Dem Interview unter der Überschrift „Die Jüngeren sollen auch mal ran“ habe ich erst nach einigem Zögern zugestimmt, weil es etwas von Selbstbespiegelung birgt. Es leitet in gewisser Weise zum letzten Text über.

Bisher war nur vom Politikwissenschaftler die Rede, nicht vom Sportenthusiasten. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ schrieb jüngst anlässlich des 80. Geburtstages ihres langjährigen „Sport“-Redakteurs: „Was wäre ein Leben ohne Sport? Ein verschenktes – für Hans-Joachim Leyenberg.“³⁷ Diese Aussage kann ich mir zu eigen machen. Seit der Kindheit gilt meine besondere Leidenschaft dem Sport, allerdings bezogen auf die passive Seite, von Experimenten mit mäßigem Erfolg als Schuljunge (Fußball) und Jugendlicher (Tischtennis) abgesehen. In der DDR war für mich das „Deutsche Sportecho“, das bis auf den Sonntag jeden Tag erschien, im Alter von acht bis zehn die Lieblingslektüre. Im Westen las ich fasziniert Zeile für Zeile in der „Sport-Illustrierten“, die zunächst monatlich herauskam, später zweiwöchentlich und schließlich einwöchentlich, bis sie – lediglich ein Schatten früherer Jahre nach den Zeiten Ernst Hornickels und Karl-Heinz Hubas – der Burda Verlag 1973 einstellte. Bei erneuter Lektüre hintergründiger Artikel von Helmer Boelsen, Horst Vetten, Horst Viellvoye und Wolfgang Wünsche beschleicht mich Wehmut. Das „Leichtathletik“-Abonnement kündigte ich mit dem Ausscheiden Gustav Schwenks und Heinz Vogels. Selbst wenn heute nur noch der „Kicker“ zu meiner Sportlektüre zählt (nach dem Verzicht auf „Sport Bild“, ein Magazin, das immer mehr zu einem „marktschreierischen“ Organ mutierte), hat mein Interesse an Wettbewerben, vor allem am Fußball, ebenso am Handball, an

35 Vgl. Isabelle-Christine Panreck, Klaus von Beyme. Eine Werkbiographie, Wiesbaden 2021.

36 Vgl. zuletzt: Edgar Wolfrum (Hrsg.), Verfassungsfeinde im Land? Der „Radikalerlass“ von 1972 in der Geschichte Baden-Württembergs und der Bundesrepublik, Göttingen 2022; vom Verfasser stammt dazu eine (unveröffentlichte) Habilitationsschrift: Streitbare Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland. Das Beispiel des Extremistenbeschlusses von 1972, Trier 1989.

37 Anno Hecker, Hans-Joachim Leyenberg 80, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 29. April 2023, S. 6.

alpinen Skirennen und am Biathlon, kaum nachgelassen. Und gelegentlich schreibe ich häufig mit Politik verquickte Sport-Texte, die höchst subjektiv ausfallen.³⁸

Die einstige Begeisterung für die Internationale Friedensfahrt, die „Tour de France des Ostens“, währte bei mir, nun wohnhaft im Westen, anfangs fort – von den neuen Klassenkameraden kannte zu meinem Leidwesen niemand das Radsport-As „Täve“ Schur, mittlerweile 92 und bis heute treuer Genosse. Ich fühlte mich anfangs, nicht zuletzt wegen der unterschiedlichen Vorlieben, fremd in der neuen Heimat.³⁹ Später verlor die Friedensfahrt ihren Reiz – mich nahm allmählich das Geschehen bei der „Tour de France“ gefangen, doch nach den zahlreichen Doping-Skandalen ließ das Interesse am Radsport schlagartig nach. Weiß ich die früheren Sieger auswendig, sind mir selbst die Namen der derzeitigen Teilnehmer weithin unbekannt.

In der DDR hatte den jungen Sportfan die sonore Stimme Heinz Florian Oertels und seine bildhaft-blumige Ausdrucksweise in den Bann gezogen. Das hielt in der neuen Heimat zunächst an. Leider geriet Oertel nach der deutschen Einheit weithin auf das Abstellgleis, was den 17-maligen DDR-„Fernsehliebling des Jahres“ kränkte. Der Genosse, zunächst KPD-, dann SED-Mitglied, wurde 1981 an der Universität Leipzig mit einer sportwissenschaftlichen Arbeit promoviert und schrieb nach der „Wende“ Bücher, nicht ausschließlich über Sport, den Westen oft attackierend.⁴⁰ Noch im November 2022 würdigte ich ihn in einem Artikel ob der ubiquitären Präsenz

38 Vgl. Athen bis Atlanta. 100 Jahre Olympische Spiele zwischen Sport und Politik, in: MUT, Heft 7/1996, S. 34-52; Das „Wunder von Bern“. Fünfundzwanzig Jahre danach, in: MUT, Heft 7/2004, S. 26-33; Der Mythos von Bern in: Rheinischer Merkur vom 24. Juni 2004, S. 10; Die Fußballweltmeisterschaften seit 1930, in: MUT, 6/2006, S. 6-17; Siegen macht lustig. Auch die EM wurde in Deutschland als Gemeinschaftserlebnis empfunden, in: Der Tagesspiegel vom 30. Juni 2008; Der Sport: Ulrikes Himmelsprung und Heides grandioser Schlusspurt, in: Trierischer Volksfreund vom 26. August 2022, S. 17; „The Games must go on“, in: Cicero.de vom 5. September 2022; Umschaltspiel. 1954 – 1974 – 1990 – 2014 – stehen die vier Triumphe symbolhaft für die „Berner“, „Bonner“, „Berliner“ und „Bunte Republik“, in: Der Hauptstadtbrief vom 19. November 2022, S. 2-5.

39 Vgl. ders., Ostdeutsche Identität im Westen und Entscheidung für die Politikwissenschaft, in: Andreas Apelt (Hrsg.), Neuanfang im Westen. Zeitzeugen berichten – 1949-1989, Halle (Saale) 2013, S. 40-45.

40 Vgl. etwa Heinz Florian Oertel, Pfui Teufel. Über Verdrängtes und Vergessenes, Berlin 2009.

und seines Charismas.⁴¹ 1952 berichtete Oertel als einziger DDR-Rundfunkreporter – im Alter von 24 Jahren – über die Olympischen Sommerspiele 1952 in Helsinki. In seinen „Erinnerungen“ heißt es mit Blick auf die 14 Helsinki-Tage: „Kreuz und quer hetzte ich durch die angenehme Stadt am Meer, immer auf Achse und ohne Taxe, von Ereignis zu Ereignis. Tatsache ist, so viel musste ich niemals mehr ackern.“⁴² Kommentierte er bei der Fußballweltmeisterschaft 1954 zunächst viele Spiele, fand die Übertragung des Finales zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Ungarn ohne ihn statt, denn ein „geplatzter Appendix“⁴³ fesselte ihn wochenlang ans Bett. Ich hörte am 4. Juli 1954 stattdessen die nüchterne Reportage Wolfgang Hempels in unserer Rostocker Ferienpension. Ein halbes Jahrhundert später ergab sich auf der Leipziger Buchmesse die günstige Gelegenheit zu einem guten Gespräch mit ihm.

Dem Ende März 2023 mit 95 Jahren verstorbenen Oertel, der seinem Kollegen Hempel in puncto Fußball nicht ganz das Wasser reichen konnte, war es noch vergönnt, den Gewinn der Albiceleste mit Lionel Messi im Fußballweltmeisterschaftsfinale gegen Frankreich mitzerleben – und die „Mund zu“-Aktion des „Moralweltmeisters“. Was für ein Endspiel! Ich hatte es aufgezeichnet. Erst nach dem Schlusspfiff vermochte ich das Duell beim Wiederanschauen richtig zu genießen, nunmehr weniger aufgeregt. Ich fieberte für Lionel Messi mit – und wie!

Dem Beitrag über den argentinischen Star, der auf Besuchen von zwei Fußballspielen dieses Ausnahmeathleten basiert, liegt Herzblut zugrunde. Kein Sportler fasziniert mich seit ca. 15 Jahren so sehr wie dieser – ungeachtet des unschönen Geschehens bei Paris St. Germain. Es hätte nicht viel an einer spontanen Reise gefehlt. Meine Frau und ich wollten das Endspiel der Fußballweltmeisterschaft – Messi gegen Mbappé – vor Ort miterleben. Die Angst, Karten nicht einmal auf dem Schwarzmarkt ergattern zu können, führte schließlich zur Aufgabe dieses verführerischen Gedankens.

Ich habe mich bei all meinen Veröffentlichungen, unabhängig von der Textsorte, an einigen Prinzipien orientiert. Ob ich ihnen – immer? meist? selten? nie? – gerecht geworden bin, mag die Leserschaft entscheiden. Was in der Natur der Sache liegt: Die Akzentsetzung fällt bei langen Abhandlungen anders aus als bei kurzen Essays.

41 Eckhard Jesse, 1954 – 1974 – 1990 – 2014, in: Freie Presse vom 18. November 2022, S. 3.

42 Heinz Florian Oertel, *Höchste Zeit. Erinnerungen*, Berlin 1997, S. 93.

43 Ebd., S. 95.

Fairness: Sie gebietet es, niemals *ad hominem* zu argumentieren. Der Fokus sollte bei der Kritik an der gegnerischen Position zentrale Punkte betreffen, nicht Nebensächlichkeiten. Vor der Kritik steht die unvoreingenommene Wiedergabe. Fairness bedeutet nicht den Verzicht auf klare, aber intersubjektiv nachvollziehbare Stellungnahmen.

Urteilkraft: Die Kritik an einem Sachverhalt erschöpft sich nicht darin, sondern zielt auf Reformen. Effekthaschereien – Gags um des Gags willen – lenken von der Urteilsbildung ab. Die Wirklichkeit muss sich an Wünschbarem messen lassen. Aber dieses darf keine Utopie sein, denn ansonsten firmiert jede Praxis im Vergleich zur hehren Theorie als Verfall.

Empirisch-normatives Vorgehen: Ein deskriptives, analytisches und präskriptives Vorgehen trägt gleichermaßen dazu bei, das jeweilige Themenfeld von möglichst vielen Seiten zu betrachten. Eine kritische Diagnose verlangt eine sinnvolle Therapie.

Ergebnisoffenheit: Der jeweilige Ansatz präjudiziert nicht das Ergebnis der Analyse. Wer die Auswahl der zu untersuchenden Aspekte nach dem gewünschten Resultat ausrichtet, verstößt gegen wissenschaftliche Gepflogenheiten.

Eingehendes Studium der Literatur: Erst wer die Materie in ihren Verästelungen kennt, kann sich das Wiederkäuen von Altbekanntem ersparen. „Literaturkenntnis schützt vor Neuentdeckungen“⁴⁴ – das schrieb der Göttinger Historiker Hermann Heimpel vor fast 70 Jahren sarkastisch in einer Rezension.

Verständliche Sprache: Wissenschaft soll verstanden werden. Mithin sind Schwurbeleyen, Floskeln und Modeworte unangebracht. Einfachheit in der Sprache läuft nicht zwangsläufig auf das Vereinfachen des Inhalts hinaus. Wer dem Leser zumutet, verschachtelte Sätze mehrfach zu studieren, muss Kritik akzeptieren.

Was mich deprimiert: die herkömmliche Lagermentalität. Sie führt zu einem Schwarz-Weiß-Denken, das Differenzierung hemmt. Einige Beispiele: Wer Sahra Wagenknechts Buch über die „Selbstgerechten“⁴⁵, ihrer Abrechnung mit der Lifestyle-Linken, als anregend ansieht und ihre Kritik an der Migrations- wie an der Genderpolitik weithin überzeugend findet,

44 So Hermann Heimpel in einer Besprechung eines Buches von Friedrich August Freiherr von der Heydte, in: *Göttingische Gelehrte Anzeigen* 208 (1954), S. 210.

45 Vgl. Sahra Wagenknecht, *Die Selbstgerechten. Mein Gegenprogramm – für Gemeinsinn und Zusammenarbeit*, Frankfurt a.M. 2021; siehe dazu Eckhard Jesse, *Sahra Wagenknechts Tabubruch*, in: *Das historisch-politische Buch* 68 (2020), S. 312-316.

muss kein Befürworter ihrer Position oder gar jener politischen Kraft sein, der sie die längste Zeit ihres Lebens angehört hat. Die Politikerin löckt wider Tabus. Wer es nicht für vertretbar findet, wie die Alternative für Deutschland in der Politik, der Publizistik und der Politikwissenschaft gemeinhin behandelt wird, ist deswegen keineswegs deren Anhänger.⁴⁶ Soll die oft stigmatisierende Vorgehensweise die AfD ausgrenzen, damit deren gemäßigte Kräfte sie verlassen und sie zu dem mutiert, was manche der Gegner in ihr schon immer sahen: eine extremistische Partei? Und wer unausgegrenzte Positionen von DDR-Bürgerrechtlern kritisiert sowie ihr Gewicht bei der friedlichen Revolution relativiert⁴⁷, der schwingt sich noch lange nicht zu ihrem Gegner auf. Bürgerrechtler bewiesen äußerst großen Mut – zugleich standen sie unter dem Bann eines wie immer gearteten sozialistischen Verständnisses.⁴⁸

Polarisierung zu propagieren ist nicht besser als allfälligen Konflikten auszuweichen. Ein angemessenes Konfliktverständnis, bei dem Dissens in der Sache nicht zu persönlichen Animositäten führt, muss stärker Einzug halten. Political Correctness schadet der Streitkultur.⁴⁹ Der Weg des geringsten Widerstandes kann ein Irrweg sein. Aber ein Umsichschlagen nach allen Seiten à la Jacob Taubes verbietet sich ebenso.⁵⁰ Was sich gebietet: die Einhaltung von Regeln selbst bei scharfen Kontroversen.

Ob nun der Begriff der „Zeitenwende“ sinnvoll sein mag oder nicht: Wir leben in stürmischen Zeiten⁵¹, innen- wie außenpolitisch. Gerade deshalb bedarf es des Common Sense, um nicht blindlings verstiegenen Positionen zu folgen.⁵² Vielleicht legt dieser Band auch von der Turbulenz der Politik

46 Vgl. ders., (Repräsentative) Demokratie in der Krise? Der Umgang mit der AfD, in: Volker Kronenberg/Jakob Horneber (Hrsg.), Die repräsentative Demokratie in Anfechtung und Bewährung. Das „Wir“ organisieren, Wiesbaden 2019, S. 121-131.

47 Vgl. Detlev Pollack, Das unzufriedene Volk. Protest und Ressentiment in Ostdeutschland., Bielefeld 2020.

48 Vgl. etwa Eckhard Jesse, Von der Unmöglichkeit des „dritten Weges“, in: Horch und Guck 25 (2016), Heft 3/4, S. 34-39.

49 Zu Recht prangert der liberale Jurist Ingo von Münch, ein alter weiser Mann, Missstände auf den verschiedensten Feldern an. Vgl. Meinungsfreiheit gegen Political Correctness, Berlin 2017; Die Krise der Medien, Berlin 2020; Gendersprache: Kampf oder Krampf, Berlin 2023.

50 Vgl. die Biographie von Jerzy Z. Muller, Professor der Apokalypse. Die vielen Leben des Jacob Taubes, Berlin 2022.

51 Vgl. Frank Decker/Eckhard Jesse/Roland Sturm, Politik in stürmischer Zeit. Deutschland in den 2020er Jahren, Bonn 2023.

52 Vgl. Wilfried von Bredow/Eckhard Jesse, Eine offene Gesellschaft kennt keine abweichenden Meinungen, in: Neue Zürcher Zeitung vom 7. Februar 2020, S. 15; dies.,

Zeugnis ab – wahren die Texte trotzdem Distanz zu den politischen Vorgängen? Der Verfasser glaubt, seinen Publikationen liege ein beträchtliches Maß an Kontinuität zugrunde. Die Verteidigung des demokratischen Verfassungsstaates war und ist mir stets ein Anliegen. Seine mittlerweile stärker kritische Sicht auf etablierte Kräfte dürfte eine Reaktion auf den Wandel in der Politik, der Publizistik und der Politikwissenschaft sein. Um das an drei aktuellen Kontroversen zu untermauern: der Migrations-, der „Corona“- und der Ukrainepolitik. Bei diesen emotionsträchtigen Fällen wurde und wird vielfach nicht so unbefangen diskutiert, wie es einer offenen Gesellschaft zuträglich wäre. Meinungsdruck trat und tritt zutage.

Der Verfasser hält es für unerlässlich, politisch Verfolgten oder Kriegsflüchtlingen das Asylrecht zu gewähren. Ja, es gibt Rassisten, die Vorurteile gegen „People of Color“ (warum heißt es im akademischen Milieu nicht schlicht „Farbige“?) pflegen und prinzipielle Vorbehalte gegen die Aufnahme Schutzsuchender hegen. Aber ist es richtig, das gravierende Vollzugsdefizit hinzunehmen und einen Großteil des nicht als asylberechtigt anerkannten Personenkreises im Land zu belassen – ohne Rücksicht auf „Volkes Stimme“?

Der Verfasser zählt Covid-19 zu einer lebensgefährlichen Infektionskrankheit, gegen die entschiedene Maßnahmen getroffen werden mussten. Ja, manche bestreiten schlicht die Gefahr der Pandemie und greifen deswegen den Staat an, der seine Bürger zu Folgsamkeit abrichte. Doch machte es sich „die“ Politik nicht zu einfach, Kritik gegen staatliche Schutzvorkehrungen schnell als „querdenkerisch“ einzuordnen und Personen, die sich nicht impfen lassen woll(t)en, in die „rechte Ecke“ zu stellen?

Der Verfasser sieht den Krieg Russlands gegen die Ukraine als eine völkerrechtswidrige Aggression an, die schärfste Verurteilung verlangt. Ja, einige verteidigen die russische Diktatur und suchen die (Haupt-)Schuld für den Konflikt bei der Ukraine und den USA. Ist es freilich überzeugend, diejenigen, die wegen der Gefahr eines Atomkrieges vor der Lieferung schwerer Waffen warnen und wegen der vielen Toten auf beiden Seiten baldmöglichst einen Waffenstillstand fordern, als (verkappte) Anhänger Putins zu titulieren?

Das alles läuft auf ein Plädoyer für eine offene Debatte hinaus, nichts auf eine bestimmte Position. Wer mit Blick auf „false balance“ die Einsei-

Politische Urteilskraft. Das gefährdete Fundament der Demokratie, in: INDES 9 (2020), Heft 3, S. 47-58.

tigkeit der politischen Debatte rechtfertigt, leistet einer stickigen Diskussionskultur Vorschub. Minderheitsmeinungen müssen ungefiltert zu Wort kommen und haben Kritik in Kauf zu nehmen. Repräsentieren sie abwegige Positionen, richten diese sich selbst, wäre Angst vor der Gegenseite ein Armutszeugnis. Repräsentieren sie diskutabile Ansichten, fördern sie die politische Willensbildung. „Der Preis der Enge“⁵³ liegt in einer Schwächung gesellschaftlicher Offenheit.

Den sozialen Medien fällt ungeachtet einer einseitigen Berichterstattung oder gar von Falschmeldungen eine Korrekturfunktion zu, denn die Kluft zwischen der öffentlichen und der veröffentlichten Meinung ist beträchtlich. Die Linksverschiebung der öffentlich-rechtlichen Sender, die zuweilen mit einem Konformismus des Nonkonformismus einhergeht, erklärt teilweise das Reüssieren der sozialen Medien. Müssen Politiker wie Boris Palmer und Klaus von Doynanyi, Publizisten wie Heribert Prantl und David Richard Precht, Wissenschaftler wie Reinhard Merkel und Harald Welzer direkt oder indirekt „abgewatscht“ werden, weil sie den Mehrheitstenor von Leitmedien in dieser oder jener zentralen Frage der Politik nicht teilen⁵⁴? Eine rhetorische Frage! Widerspruch muss möglich sein und kann nötig sein – und zwar für alle Seiten. Die genannten Personen sind nach wie vor öffentlich vernehmbar, doch manch weniger Bekannte dürften sich überlegen, ob sie mit ihrer Position „herausrücken“, wenn sie der „herrschenden Linie“ nicht zustimmen. Konformitätsdruck wirkt!

Was mich besonders stört, ist die Moralisierung in der Politik, in der Publizistik und in der Politikwissenschaft. Die evidenzbasierte Erörterung

53 Bernhard Schlink, *Der Preis der Enge*. Wie der gesellschaftliche und politische Mainstream die Rechten stärkt, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 1. August 2019, S. 8; siehe ebenso Peter Graf Kielmansegg, *Die Schließung der Demokratie*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 17. Mai 2021, S. 6; ders., *Die halbierte Demokratie*. Kampagnen „gegen rechts“ sind falsch. Sie diskriminieren Andersdenkende, in: *Cicero*, Heft 10/2002, S. 42-46.

54 Vgl. einige Beispiele: Uwe Krüger, *Mainstream*. Warum wir den Medien nicht mehr vertrauen, München 2016; Boris Palmer, *Erst die Fakten und dann die Moral*. Warum Politik mit der Wirklichkeit beginnen muss, München 2019. Klaus von Doynanyi, *Nationale Interessen, Orientierung für deutsche und europäische Politik*, München 2022; Richard David Precht/Harald Welzer, *Die vierte Gewalt*. Wie Mehrheitsmeinung gemacht wird, auch wenn sie keine ist, Frankfurt a.M. 2022; Rolf Schuler, *Generation Gleichschritt*. Wie das Mitlaufen zum Volkssport wurde, Lüdenscheid 2023.

von Sachfragen tritt in der „deutschen Erregungskultur“⁵⁵ demgegenüber in den Hintergrund. Radikale „Klimaaktivisten“ predigen apokalyptische Sichtweisen. Ihr Gesinnungsmoralismus kennt in seinem Furor kaum Grenzen, und der von ihnen verfochtene „Zivile Widerstand“ beruft sich auf eine höhere Form der Legitimität, die Legalität ignoriert. Wer Straßen blockiert, blockiert den Rechtsstaat. Denn in diesem müssen sich Legalität und Legitimität decken. Das nicht von Reformismus getragene Motto „System Change, not Climate Change“ der radikalen Klimaschutzbewegung ist antikapitalistisch und in seiner Unbedingtheit gleichsam religiös ausgerichtet. Der von der „Letzten Generation“ geforderte Gesellschaftsrat soll Klimaneutralität bis zum Jahre 2030 anstreben.⁵⁶ Nicht das „Ob“ steht zur Diskussion, sondern ausschließlich das „Wie“. Die Kritik an derartigen „Klimaaktivisten“ fällt vielfach merkwürdig aus: Sie würden mit ihrer Radikalität das Gegenteil erreichen: eine Verstocktheit der Bürger. Bedeutet dies im Umkehrschluss nicht: Stießen die Aktionsformen auf Zustimmung, wären sie gerechtfertigt? Musste das Treffen des Verkehrsministers Volker Wissing im Mai 2023 mit Repräsentanten der „Letzten Generation“ sein, obwohl diese rechtswidrige Klebeaktionen offensiv fortsetzte? „Mit einer Drohkulisse im Rücken lassen sich keine fairen Gespräche führen.“⁵⁷

Häufig fällt die Auseinandersetzung ganz anders aus: Wer Positionen verfehlt, die von der Mehrheitskultur abweichen, gerät leicht in den Verdacht, nicht mehr zu den „Guten“ zugehören. Und wer „Zeichen setzen“ und anderen „kein Podium geben“ will, ächtet den Kontrahenten, achtet ihn aber nicht. Symbolpolitik läuft auf Selbstgerechtigkeit hinaus. Zwei eng miteinander verknüpfte Vorwürfe sind besonders kritikwürdig: der „Beifall von der falschen Seite“ und die „Kontaktschuld“.

Zum „Beifall von der falschen Seite“: Mitunter heißt es, die Partei A oder die Person B verfechte Ansichten zu einer bestimmten Frage, denen auch eine obskure Kraft zustimmt. Damit soll suggeriert werden, diese Position sei problematisch, wenn nicht gefährlich. Doch ist es ohne jede Tragweite, ob die als suspekt geltende Gegenseite (aus Überzeugung oder aus Taktik)

55 So der schweizerische Journalist Benedict Neff, Die deutsche Erregungsgesellschaft. Ein Rückblick auf fünf Jahre Deutschland – ein Land, in dem Nüchternheit eine Provokation ist, in: Neue Zürcher Zeitung vom 29. Februar 2020, S. 7.

56 Eine Notfallsitzung, um die Wende einzuleiten, unter: <https://letztegeneration.de/gesellschaftsrat> (12. April 2023)

57 Alexander Kissler, Der Austausch mit der Letzten Generation wurde zum Fiasco für den Rechtsstaat, in: Neue Zürcher Zeitung vom 5. Mai 2023, S. 4.

dieselbe Meinung teilt.⁵⁸ In einer sachlichen Diskussion muss die Triftigkeit von Argumenten zählen, ohne Hinweise darauf, wer sie sonst vertritt.

Zur „Kontaktschuld“: Wer auf einer Demonstration Thesen vertritt, die suspekte Leute teilen, muss mitunter den Vorwurf gewärtigen, er begeben sich in eine Nähe, die seinem Anliegen schadet. Das gilt erst recht für denjenigen, der in einem – zu Recht oder zu Unrecht – stigmatisierten Periodikum veröffentlicht. Der Inhalt spielt dann keine Rolle mehr. Die Annahme, die inkriminierte Person solle dadurch ins moralische Abseits geraten, liegt nahe. Diese Kultur des Verdachts schüchtert ein. Zuweilen wird gar überlegt, ob sich eine kontroverse Diskussion überhaupt zieme.⁵⁹

Wer einen Vergleich zwischen rechts(außen) und links(außen) zieht, erkennt schnell, es sei weitaus verfänglicher, in einem dezidiert rechten als in einem dezidiert linken Blatt zu schreiben. Das mag nur ein Beispiel für die grassierende Schiefelage sein, durch welche die hiesige politische Kultur in vielen gesellschaftlichen Bereichen gekennzeichnet ist. Bei der Betreuung wissenschaftlicher Arbeiten war mir nicht die Meinung wichtig, sondern die argumentative Substanz.

Im Anhang dieses Bandes sind die Namen der 100 bei mir promovierten Personen samt ihren Dissertationsthemen veröffentlicht – von A (Altenhof, Ralf) bis Z (Zeschmann, Philip). Es war und ist wohl das Schönste an der Tätigkeit eines Hochschullehrers, junge Menschen zu fördern, sie zu wissenschaftlicher Arbeit zu ermuntern und ihnen dabei zu helfen, ohne dass ihre Kreativität erlischt.⁶⁰ In mehr als 30 Jahren fanden jährlich zweimal dreitägige Veranstaltungen statt, unterbrochen kurzfristig durch die Pandemie, zuweilen einwöchige, wenn das Ausland als Ort der Inspiration auserkoren war: in einer lockeren, nicht leistungshemmenden Atmosphäre. Es war mir stets ein Bedürfnis, Opportunismus, Leisetreterei und Konformismus keinen Vorschub zu leisten. Bis heute setze ich diese Kurse fort. In ihnen werden – vorher allen Teilnehmern zugänglich gemachte – Texte der Doktoranden kritisch erörtert und mit Bemerkungen versehen. „Ihre“

58 Bereits 1962 hatte sich Hans Magnus Enzensberger scharfsinnig mit diesem Topos auseinandergesetzt. Vgl. ders., Zweiter Zusatz. Über den Beifall von der falschen Seite, in: Ders., Einzelheiten, Frankfurt a.M. 1962, S. 85-87.

59 Vgl. Per Leo/Maximilian Steinbeis/Daniel Pascal Zorn, Mit Rechten reden. Ein Leitfaden, Stuttgart 2017.

60 Der Verfasser hat mehrfach Ratschläge gegeben: Zehn „goldene Regeln“ für Doktoranden – Erfahrungen und Einsichten; Zehn – strukturelle und sprachliche – Anregungen für das Schreiben einer Dissertation, jeweils abgedruckt in: Eckhard Jesse, Extremismus (Anm. 1), S. 453-461, S. 463-466.

Themen soll(t)en sie sich selbst aussuchen, wobei der Doktorvater öfter zum „Abspecken“ und „Abrüsten“ geraten hat. Eine intrinsische Motivation ist wichtig – der Doktorand bleibt so wohl eher „am Ball“. Selbstverständlich habe ich mich nie gegen andere Ansätze gesträubt. Wissenschaftspluralismus muss nicht nur propagiert, sondern auch praktiziert werden. Es war und ist für mich stets ein beglückendes Gefühl, wenn jemand „drei Kreuze“ machen konnte und kann. Umgekehrt befällt mich Traurigkeit, zuweilen gepaart mit leichten Schuldgefühlen, „springt“ jemand kurz vor dem ersehnten Ziel „ab“ und ignoriert mein Motto: „Wer etwas anfängt, bringt es zu Ende.“ Häufig zählte eine Buchkritik, der ich mich als Rezensionen-Freak⁶¹ nicht entzog, zu einem Teil der Arbeit des Doktorandenkreises. Wie die Erfahrung gelehrt hat, waren die Person, die sich mit einer Rezension schwertat, nicht geeignet für das Schreiben einer Dissertation, wobei der umgekehrte Sachverhalt keineswegs zutrifft, denn eine solche zu verfassen verlangt neben Einfallsreichtum Ausdauer.

Ich habe ausschließlich Monographien bei einer Promotion oder einer Habilitation angenommen. Nach meiner festen Überzeugung ist eine derartige Arbeit jedenfalls im Fach Politikwissenschaft der geeignete Leistungsnachweis. Für kumulative Dissertationen und Habilitationen konnte und kann ich mich daher nicht erwärmen.⁶²

Was hingegen nach wie vor in Frage kommt: das jährliche Dokortreffen – mit Partnern und Kindern; fast ohne politikwissenschaftlichen Gedankenaustausch – an ständig wechselnden Orten. Auch dieses Werk ist meinen vielen Ex-Doktoranden und meinen wenigen Noch-Doktoranden gewidmet.

61 Vgl. ders., Regeln „richtigen“ Rezensierens, in: *Forschung & Lehre* 26 (2019), S. 738 f.

62 Vgl. ders./Manfred G. Schmidt, Habilitation? Habilitation! Ein Plädoyer, in: *Forschung & Lehre* 26 (2019), Heft 5, S. 440-442; dies., Kriterien für die Promotion, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 24. August 2022, S. N4.

Teil 1:
(Zeit-)Geschichte

Nationale Identität in unterschiedlichen Regierungssystemen Deutschlands: Nationalfeiertage – Nationalfarben – Nationalhymnen

1. Einleitung

Die Identität eines Staates spiegelt sich insbesondere in den Nationalfeiertagen, den Nationalfarben und den Nationalhymnen wider. Sie sind (neben den Nationalwappen) die Symbole eines Landes. Der deutsche Nationalstaat, den es erst seit 1871 gibt, erfuhr im 20. Jahrhundert vier große Systemwechsel, ist also durch tiefe Brüche geprägt.¹ Nach dem Ende des Kaiserreiches und des Ersten Weltkrieges 1918 entstand die erste deutsche Demokratie, die Weimarer Republik. Ihr war aufgrund struktureller Vorbelastungen und gravierender Probleme nur ein kurzes Dasein beschieden. Das Dritte Reich, das sich als „tausendjähriges“ verstand, zettelte einen Weltkrieg an und verursachte einen Zivilisationsbruch. Weniger als Folge des Krieges, sondern vor allem als Folge des Ost-West-Konflikts entstanden nach 1945 zwei deutsche Staaten. Der ostdeutschen Diktatur, der DDR, gelang es im Gegensatz zur Bundesrepublik Deutschland niemals, ein spezifisches Identitätsgefühl der Bürger zu entwickeln. Sie brach am Ende der 1980er zusammen, als der „Große Bruder“, die Sowjetunion, sie weder stützen wollte noch konnte, und die Bürger stürzten die entkräftete SED-Diktatur ohne Gewalt. Ein Jahr nach der friedlichen Revolution war Deutschland wieder vereint, 120 Jahre nach Gründung des Deutschen Kaiserreiches, dem ersten deutschen Nationalstaat. In den drei Jahrzehnten seit der Vereinigung hat es keinerlei secessionistische Bestrebungen gegeben.

Diese wechselvolle Geschichte schlägt sich auch an den wechselnden politischen Nationalfeiertagen nieder, den Nationalflaggen und den Nationalhymnen, ferner an Mahnmalen und Gedenkstätten.² Der Text will die

1 Vgl. Eckhard Jesse, Systemwechsel in Deutschland. 1918/19 – 1933 – 1945/49 – 1989/90, 4. Aufl., Bonn 2013; Alexander Gallus (Hrsg.), Deutsche Zäsuren. Systemwechsel seit 1806, Köln u. a. 2006.

2 Die Neue Wache in Berlin, errichtet von Karl Friedrich Schinkel, ist bald nach der Einheit die Zentrale Gedenkstätte Deutschlands geworden. In ihr befindet sich die Skulptur „Mutter mit totem Sohn“ von Käthe Kollwitz.

Zeit seit dem Kaiserreich (mit einem Rück- und einem Ausblick) unter dem Gesichtspunkt der nationalen Identität Revue passieren lassen, besonders am Beispiel der Nationalfeiertage.³ Gerade in revolutionären Umbruchsituationen entbrennt ein Streit um die nationalen Symbole.⁴ Wie war es um die Identität der jeweiligen Systeme bestellt?

Es bedarf keiner großen Prophetengabe für die folgende Vorhersage: Wenn im Januar 2021 der Beginn des deutschen Nationalstaates zum 150. Mal wiederkehrt, wird die Erinnerung daran wohl kein besonders starkes Echo finden, spielt dieser doch im kollektiven Bewusstsein des heutigen Deutschlands so gut wie keine sonderlich erwähnenswerte Rolle. Das mag ein Zeichen fehlenden Geschichtsbewusstseins sein, auch wenn rückwärts-gewandte Wehmut unangebracht ist.

2. Nationale Identität und Identitätspolitik

Nationale Symbole können zur Identifikation mit dem Gemeinwesen beitragen. Die Nationalfeiertage zeugen vom Selbstverständnis einer Nation. Für die Bürger der USA ist der Unabhängigkeitstag (4. Juli) ein Tag des Feierns, für die Franzosen der Tag des Sturms auf die Bastille (14. Juli). Auch wenn die Ereignisse 1776 und – vor allem – 1789 weit weniger heroisch-triumpfal waren, so ist die feierliche Erinnerung an sie im kollektiven Bewusstsein dieser Bürger fest verankert. Sie gehören zum Traditionsbestand und symbolisieren Kontinuität.

Nicht zuletzt mit Blick auf Flaggen heißt es bei dem bekannten britischen Journalisten Tim Marshall: „Flaggen sind mächtige Symbole, auch für andere Organisationen als Staaten. Sie können Bedrohung verkörpern, aber auch Frieden oder Solidarität, und ihre Botschaft wird in Zeiten von sich wandelnden Identitäten überall auf der Welt erkannt. [...] Wir erleben heute auf lokaler, regionaler, nationaler, ethnischer und religiöser Ebene das Wiedererwachen von Identitätsbestrebungen. Macht verlagert sich, alte Gewissheiten zerfallen – in solchen Zeiten greifen Menschen nach

3 Vgl. Fritz Schellack, Nationalfeiertage in Deutschland von 1871 bis 1945, Frankfurt a. M. 1990.

4 Vgl. Hans Hattenhauer, Deutsche Nationalsymbole. Geschichte und Bedeutung, München 2006; Ekkehard Kuhn, Einigkeit und Recht und Freiheit. Die nationalen Symbole der Deutschen, Berlin 1991; Peter Reichel, Schwarz-Rot-Gold. Kleine Geschichte deutscher Nationalsymbole nach 1945, München 2005.

vertrauten Symbolen, um in einer turbulenten, sich verändernden Welt ideologische Anker zu haben.“⁵ Die Ambivalenz von nationalen Symbolen kommt auf diese Weise gut zum Ausdruck.

Gleiches gilt für die nationale Identität. Ihr wohnen Chancen und Gefahren inne. Auf der einen Seiten fördert sie – z. B. durch gemeinsame Erinnerung an Vergangenes – den Zusammenhalt der Bürger in einem Gemeinwesen und trägt zur Solidarität bei. Auf der anderen Seite kann sie zur engherzigen Abgrenzung gegen andere führen, gegen Staaten wie Menschen. Im ersten Fall ließe sich von Patriotismus reden, im zweiten Fall von Nationalismus. Angesichts der Brüche in ihrer Geschichte fällt es Deutschen schwer, ihre Identität anzunehmen.⁶ Wer nicht dazu steht, erschwert es Migranten, ein neues Nationalgefühl zu entwickeln.

Von nationaler Identität muss Identitätspolitik unterschieden werden. Mit ihr ist gemeint, dass der Zugehörigkeit zu bestimmten Gruppen (etwa nach Ethnie, Geschlecht, sexueller Orientierung) eine gewisse Homogenität zugeschrieben wird. Hier zählt mehr das Sein als das Tun. In der Tat „überlappen sich paradoxerweise Reinheitsgebote und Reinheitsfantasien linker und rechter Identitätspolitik für Ethnien, Geschlecht, sexuelle Präferenzen und Religion, die wiederum Parallelen mit dem traditionellen und politischen Islam sowie anderen religiösen, fundamentalistischen Sekten aufweisen. Eine Vermischung ist dann wahrlich des Teufels.“⁷ Autoren wie Francis Fukuyama sehen die Gefahr, dass durch die Fixierung auf Multikulturalismus Kulturrelativismus ebenso verstärkt wird wie Kollektivismus.⁸ Am Beispiel der Symbole ist leicht erkennbar, wie wenig diese Form der Identitätspolitik weiterhilft.

Und wer an sich wünschenswerten Kosmopolitismus predigt, muss aufpassen, dass dieser in keinen Gegensatz zu den Lebenswelten der Bürger mit den identitätsstiftenden Werten wie Heimat und Nation gerät. Der gesellschaftliche Zusammenhalt ist notwendig, um den vielfältigen Herausforderungen gerecht zu werden. Die Frage nach einer Leitkultur und ihren Inhalt löst dabei immer wieder heftigen Zwist aus. Der demokratische Ver-

5 So Tim Marshall, *Im Namen der Flagge. Die Macht politischer Symbole*, München 2019, S. 15.

6 Vgl. Dieter Borchmeyer, *Was ist deutsch? Die Suche einer Nation nach sich selbst*, Berlin 2017.

7 So Ulrike Ackermann, *Das Schweigen der Mitte. Wege aus der Polarisierungsfalle*, Darmstadt 2020, S. 182.

8 Vgl. Francis Fukuyama, *Identität. Wie der Verlust der Würde unsere Demokratie gefährdet*, Hamburg 2019.

fassungsstaat kann, „zur Förderung eines zeitgemäßen Gemeinsamkeitsbewusstseins, beispielsweise die Ausgestaltung der Feier- und Gedenktage aufwerten (3. Oktober/9. November), ja ihnen mehr Aufmerksamkeit unter größerer Einbeziehung der Bürgerschaft schenken, als dies derzeit der Fall ist.“⁹ Wenn allerdings die Bürger nicht „mitziehen“, sind solche Versuche zum Scheitern verurteilt.

3. Deutschland vor dem Kaiserreich

Im Gefolge der Französischen Revolution endete das Heilige Römische Reich Deutscher Nation 1806.¹⁰ Der Sieg der verbündeten Truppen über Napoleon in der Völkerschlacht bei Leipzig im Jahr 1813 löste in Deutschland nationale Begeisterung aus. Schon vor der Völkerschlacht hatte Ernst Moritz Arndt 1813 sein berühmtes Lied „Des Deutschen Vaterland“ verfasst. Dieses Lied, dessen erste Strophe wie folgt lautet, diente im 19. Jahrhundert zuweilen als eine Art Nationalhymne.

*Was ist des Deutschen Vaterland?
Ist `s Preußenland? Ist `s Schwabenland?
Ist `s wo am Rhein die Rebe blüht?
Ist `s wo am Belt die Möwe zieht?
O nein, nein, nein!
/: Sein Vaterland muss größer sein! :/*

Die Befreiungskriege des Jahres 1813 gelten als nationale Erhebung. Mit den Stein-Hardenbergschen Reformen sollte der preußische Staat auf eine neue Grundlage gestellt werden, nicht nur durch Militärreformen, sondern beispielsweise auch durch Reformen des Bildungswesens. Ohne diese Reformen ist die nationale Begeisterung 1813 beim Kampf gegen die Fremdherrschaft Napoleons vielleicht nicht zu verstehen. Schnell mischte sich in die nationale Aufbruchstimmung chauvinistischer Überschwang. Am 17. März 1813, an dem Preußen Frankreich den Krieg erklärte, erließ der preußische König Friedrich Wilhelm III. den Aufruf „An Mein Volk“, in dem er an die Opferbereitschaft der Bevölkerung appellierte – mit großem Erfolg.

9 So Volker Kronenberg, Was hält die Gesellschaft zusammen? Ein Blick zurück nach vorn, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 13-14/2013, S. 6.

10 Vgl. Hans-Christof Kraus, Das Ende des Alten Reiches 1806: der deutsche Weg ins 19. Jahrhundert, in: Alexander Gallus (Anm. 1), S. 63-102.

Freiwilligenverbände entstanden dank nationaler Begeisterung. Die Farben des Lützowschen Freikorps – schwarze Uniformen, rote Vorstöße, goldene Knöpfe – sind der Ursprung für die „deutschen Farben“ (im Deutschen Bund, in der Weimarer Republik, in der DDR, in der Bundesrepublik Deutschland). Gibt es hier also eine beträchtliche Kontinuität, so darf das Fehlen eines übergreifenden Feier- und Gedenktages im Deutschen Bund nicht verwundern.

Als Ergebnis des Wiener Kongresses 1815 entstand dieser – ein Staatenbund, kein Bundesstaat. Die Versuche, die deutsche Einheit „von unten“ – mit den Fahnen Schwarz-Rot-Gold – zustande zu bringen, scheiterten im Revolutionsjahr 1848. Die Reichsverfassung von 1849 mit der kleindeutschen Lösung legte die Erbllichkeit der Kaiserwürde fest. Doch lehnte der preußische König Friedrich Wilhelm IV., vom Gottesgnadentum beseelt, die Annahme der mit dem „Ludergeruch der Revolution“¹¹ verunehrten Krone ab.

Fortan strebten die Ideen der Freiheit und der Einheit auseinander. Die Einheit erfolgte von „oben“, und zwar maßgeblich durch Otto von Bismarck, den preußischen Ministerpräsidenten, dessen Lehre aus dem Scheitern von 1814/19 in dem bekannten Diktum Ausdruck fand: „Nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse werden die großen Fragen der Zeit entschieden [...], sondern durch Eisen und Blut.“¹² Nach zwei erfolgreichen Kriegen (gegen Dänemark 1864 und gegen Österreich 1866) entstand der Norddeutsche Bund. Aus ihm ging nach dem Krieg gegen Frankreich durch den Beitritt der süddeutschen Staaten das Deutsche Kaiserreich hervor. Die Kaiserproklamation am 18. Januar 1871 im prunkvollen Spiegelsaal des Schlosses von Versailles bedeutete eine schwere Demütigung für Frankreich.

4. Deutsches Kaiserreich

In der wilhelminischen Epoche des Deutschen Kaiserreiches, und nicht nur hier, schritt einerseits die Militarisierung des öffentlichen Lebens voran,

11 Zitiert nach Gerd Fesser, „Anreiten! Einhauen!“ Das schmachliche Ende des Paulskirchenparlaments am 18. Juni 1849 in Stuttgart, in: *Die Zeit* vom 1. Juni 1999.

12 Zitiert nach Michael Stürmer, *Bismarck und die Deutsche Frage 1870/71*, in: Tilman Mayer (Hrsg.), *20 Jahre Deutsche Einheit. Erfolge, Ambivalenzen, Probleme*, Berlin 2010, S. 23.

andererseits entstand, etwa durch das für damalige Verhältnisse nahezu revolutionäre allgemeine Männerwahlrecht, eine lebendige politische Kultur, die die amerikanische Autorin Margaret Lavinia Anderson in die Worte von den „Lehrjahren der Demokratie“¹³ kleidet. Insofern muss das Bild vom Obrigkeitsstaat modifiziert werden. Gleichwohl: Auch wenn Eduard von Simson, der letzte Präsident der Frankfurter Nationalversammlung, anfangs dem Reichstag präsierte, wehte hier keineswegs der Geist der 1848er-Revolution. Sozialisten, Katholiken und Liberale fühlten sich lange ausgegrenzt.

Ein offizieller Nationalfeiertag fehlte im ersten deutschen Nationalstaat. Am Sedantag (dem 2. September) wurde gefeiert – zur Erinnerung an den deutschen Sieg über die Armee des französischen Kaisers 1870. Gab es 1871 und 1872 zunächst spontane Siegesbekundungen, avancierte der 2. September ab 1873 (mit der Einweihung der Berliner Siegestsäule durch Wilhelm I.) zum Festtag. Der Sedantag erfreute sich wegen des Triumphes über den „Erbfeind“ großer Beliebtheit, mehr freilich bei den tonangebenden Kräften im Kaiserreich, weniger in Kreisen der Arbeiterschaft. Heute ist der Sedantag gänzlich in Vergessenheit geraten. Die Spaltung in „Reichstreue“ und „Reichsfeinde“ konnte der Sedantag mit seinen Festlichkeiten nicht überwinden, zumal sein militärischer Charakter auf manche abschreckend wirkte. Gleichwohl trug der Tag allmählich zum Zusammenwachsen der verschiedenen Länder und Regionen des jungen Kaiserreiches bei. Nationale Gedenktage waren ebenso die Geburtstage des Kaisers. Wilhelm I. hatte am 22. März das Licht der Welt erblickt, Wilhelm II. am 27. Januar. Der Geburtstag von Friedrich III., dem „Neunundneunzig-Tage-Kaiser“ im Dreikaiserjahr 1888, konnte wegen seiner kurzen Herrschaftszeit nicht gefeiert werden. Auch der Tag der Kaiserproklamation, der erwähnte 18. Januar, nahm den Rang eines nationalen Gedenktages ein. Keiner vermochte sich klar durchzusetzen.

Im Kaiserreich, das keine offizielle Nationalhymne kannte, wurde Arndts Lied durch „Die Wacht am Rhein“, 1840 von Max Schneckenburger geschrieben, mit antifranzösischen Akzenten versehen, deutlich verdrängt. Die bekannte erste Strophe:

*„Es braust ein Ruf wie Donnerhall, wie Schwertgeklirr und Wogenprall:
Zum Rhein, zum Rhein, zum deutschen Rhein!
Wer will des Stromes Hüter sein?“*

13 Vgl. Margaret Lavinia Anderson, *Lehrjahre der Demokratie. Wahlen und politische Kultur im deutschen Kaiserreich*, Stuttgart 2009.

*Lieb Vaterland magst ruhig sein,
lieb Vaterland magst ruhig sein!
Fest steht und treu die Wacht,
die Wacht am Rhein!
Fest steht und treu die Wacht,
die Wacht am Rhein!“*

Die „Wacht am Rhein“ konkurrierte mit dem Lied „Heil dir im Siegerkranz“, der preußischen Volkshymne von 1795 bis 1918. Die süddeutschen Länder fanden an dem ursprünglich von Heinrich Harries verfassten Lied nur schwer Gefallen. Die erste Strophe:

*Heil dir im Siegerkranz,
Herrscher des Vaterlands!
Heil, Kaiser, dir!
Fühl in des Thrones Glanz
die hohe Krone ganz,
Liebling des Volks zu sein!
Heil Kaiser, dir!*

Auch das „Deutschlandlied“ von August Heinrich Hoffmann von Fallersleben erreichte bereits im Kaiserreich eine gewisse Popularität. So wurde es 1890 bei der Übergabe Helgolands an Deutschland (im Tausch mit Sansibar) offiziell gesungen,¹⁴ und auch im Ersten Weltkrieg erfuhr es größere Popularität. Mit dem Beginn der ersten Strophe, die heute zu Recht als chauvinistisch gilt, hatte es seinerzeit eine andere Bewandnis. Sie zielte gegen die Fürsten der Kleinstaaten im Deutschland mit ihren Vorbehalten wider einen deutschen Nationalstaat.

*Deutschland, Deutschland über alles,
Über alles in der Welt,
Wenn es stets zu Schutz und Trutze
Brüderlich zusammenhält,
Von der Maas bis an die Memel,
Von der Etsch bis an den Belt –
Deutschland, Deutschland über alles,
Über alles in der Welt!*

14 Hoffmann von Fallersleben hatte das „Lied der Deutschen“ 1841 auf Helgoland gedichtet, das damals noch zu Großbritannien gehörte.

Die schwarz-weiß-roten „Reichsfarben“ des Kaiserreiches gingen zum einen auf die weiß-roten Wappen norddeutscher Länder zurück, zum andern auf die weiß-schwarzen Farben Preußens. Die Entscheidung für diese Farben war damit eine Entscheidung gegen Österreich, mit der von Preußen ohnehin favorisierten kleindeutschen Lösung aus dem Deutschen Kaiserreich gedrängt, ebenso ein Votum gegen die eng mit den schwarz-rot-goldenen Farben verbundene Revolution von 1848/49. Die Farben Schwarz-Weiß-Rot trugen zum Zusammengehörigkeitsgefühl der Menschen im Kaiserreich bei. Bismarck, der den Reichsfarben weithin gleichgültig gegenüberstand, hatte dies unterschätzt.

Der Reichstag gewann zunehmend an Gewicht, wirtschaftlich ging es allmählich aufwärts, und es deutete wenig auf einen Zerfall des Kaiserreiches hin. Dieses war zwar keine Demokratie, aber ein Rechtsstaat. „Insgesamt gesehen schuf die Reichsgründung durch ihre Qualität als Rechts-, Wirtschafts- und Verkehrseinheit die Voraussetzungen für den Durchbruch der eigentlichen Hochindustrialisierung, nicht zuletzt angeschoben durch die Kriegskontributionen Frankreichs. Komplexe Wandlungsvorgänge, welche mit den Stichworten ‚Durchbruch zur Wissensgesellschaft‘, ‚zweite Leserevolution‘, ‚Entwicklung von Großforschung‘, ‚Bevölkerungsexplosion‘, ‚Urbanisierung‘, ‚Kommunikationsverdichtung‘ auf Begriffe gebracht werden, schienen der inneren Integration zur Staatsbürgernation Impulse zu verleihen.“¹⁵ Die Ambivalenz des Kaiserreiches kommt so angemessen zum Ausdruck. Breite Kreise der Bevölkerung identifizierten sich ungeachtet der politischen und sozialen Defizite mit ihm, erkennbar nicht zuletzt an den Reaktionen beim Ausbruch des Ersten Weltkrieges.

5. Weimarer Republik

Das Ende des Kaiserreiches, ausgelöst durch die Niederlage im Ersten Weltkrieg, bedeutete einen Bruch in der Staats- und Regierungsform. Eine Demokratie und eine Republik entstand: die Weimarer Republik. Den Namen erhielt sie vom Tagungsort der Nationalversammlung in der thüringischen Kleinstadt. Die Abkehr von Berlin, für die besonders Friedrich Ebert eingetreten war, hing nicht nur mit den dortigen Unruhen zusammen,

15 Wolfram Siemann, Reichsgründung 1871: die Schaffung des ersten deutschen Nationalstaates, in: Alexander Gallus (Anm. 1), S. 124. Die Zitate im Zitat stammen von Dieter Langewiesche.

sondern auch mit Vorbehalten süddeutscher Länder gegenüber Berlin. Der Verfassungshistoriker Heiko Holste hat die Gründe für Weimar als Ort der Nationalversammlung ermittelt und verteidigt: „Weimar war eine Hauptstadt der deutschen Kulturnation gewesen, lange bevor die staatliche Einheit der Nation erreicht war. Deshalb war die Stadt im Frühjahr 1919 ein Identifikationsort für alle Deutschen unabhängig von ihrer regionalen und politischen Herkunft. [...] In Weimar [...] kamen die Vertreter aller Landes- teile zur friedlichen Verfassungsgebung zusammen. Das war nicht nur der Erfolg von Eberts verfassungspolitischem, sondern auch von seinem geographischen Entgegenkommen: Die Nationalversammlung tagte außerhalb Preußens, aber auch außerhalb Bayerns auf halber Strecke zwischen Berlin und München.“¹⁶ Was so verheißungsvoll zu beginnen schien, ungeachtet schwerer innen- und außenpolitischer Belastungsfaktoren, endete bald in einer Katastrophe.

Nach dem Sturz der Monarchie schied der Sedantag in der Weimarer Republik schon deshalb als „Jubeltag“ aus. Deutschland musste wider Willen den Friedensvertrag im Spiegelsaal von Versailles unterzeichnen. Im April 1919 beschloss die Nationalversammlung, einen allgemeinen Feiertag einzuführen, „der dem Gedanken des Weltfriedens, des Völkerbundes und des internationalen Arbeitsschutzes geweiht ist und für den der Charakter eines Weltfeiertages erstrebt wird“. Seine endgültige Festlegung solle nach dem Friedensschluss und nach der Verabschiedung der Verfassung erfolgen. Für das Jahr 1919 werde der 1. Mai gefeiert – „zugleich als eine Volkskundgebung für politischen und sozialen Fortschritt, für einen gerechten Frieden, für sofortige Befreiung der Kriegsgefangenen, für Räumung der besetzten Gebiete und für volle Gleichberechtigung im Völkerbunde“. Es gab in der traditionsarmen Demokratie einen heftigen Streit über einen angemessenen Staatsfeiertag.

Zur Diskussion standen vor allem der 18. Januar (der Tag der Reichsgründung 1871), der 11. August (der Verfassungstag von 1919) und der 9. November (der Tag der Revolution von 1918). Der 18. Januar, den die konservativen Kräfte wünschten, hatte ebenso wenig Chancen wie der 9. November, zumal selbst die Sozialdemokraten zu diesem Tag allmählich auf Distanz gingen (die Kommunisten aus entgegengesetzten Gründen ohnehin). So einigten sich die drei Parteien der Weimarer Koalition (SPD,

16 Heiko Holste, *Warum Weimar? Wie Deutschlands erste Republik zum Geburtsort kam*, Köln u. a. 2017, S. 185.

Zentrum, DDP) 1921 auf den Verfassungstag, der allerdings nie Popularität gewinnen konnte und reichsweit nicht den Rang eines arbeitsfreien Feiertages erhielt, denn die Entscheidung darüber oblag den Ländern. Die Verfassungsfeiern fielen blutleer aus, auch wenn das 1924 als Wehrverband ins Leben gerufene und von Mitgliedern der SPD dominierte Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold sie durch mehr Pomp aufzuwerten gedachten.¹⁷ Die politische Kultur der Weimarer Republik war zutiefst zerklüftet, ein demokratischer Basiskonsens nicht ausgeprägt. Der Volkstrauertag, der der Toten des Krieges am sechsten Sonntag vor Ostern gedenken sollte, trug in der zweiten Hälfte der Republik zu gewisser Integration der Bürger unterschiedlicher Lager bei.

Reichspräsident Friedrich Ebert erklärte am Verfassungstag 1922 in seiner Funktion als Staatsoberhaupt das Deutschlandlied mit allen drei Strophen zur Nationalhymne – obwohl es gerade bei der Sozialdemokratie gewisse Vorbehalte gab. Die Anknüpfungspunkte an die Vergangenheit lagen auf der Hand. Ebert wollte damit den Zusammenhalt der Deutschen stärken.

Weitaus mehr Streit als um die Nationalhymne entbrannte bei den Reichsfarben. Die Parteien der Weimarer Koalition (SPD, Zentrum, DDP) setzten sich mit den Farben schwarz-rot-gold durch. Sie knüpften so an die Frankfurter Nationalversammlung 1848/49 an. Und auch die Österreicher, denen der Beitritt zum Deutschen Reich versagt blieb, bevorzugten die Farben Schwarz-Rot-Gold. Wünschte die sozialistische USPD die Farbe Rot, so wollten die Kräfte, die mit monarchistischen Ideen sympathisierten, die alten Farben Schwarz-Weiß-Rot beibehalten, aber nicht nur sie. Gustav Stresemann, der führende Kopf der Nationalliberalen, die sich in der DVP zusammengefunden hatten, war ebenso für die alten Farben. Die Handelsflagge erhielt diese, mit schwarz-rot-gold in der linken oberen Ecke. Über den Flaggenstreit, der die gesamte Zeit der Weimarer Republik andauerte, stürzte 1926 sogar das zweite Kabinett von Hans Luther.

Diese Beispiele lassen die Zerklüftetheit der politischen Kultur in der Weimarer Zeit erkennen.¹⁸ Es war nicht allein der Extremismus, der die

17 Vgl. Sebastian Elsbach, *Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Republikerschutz und Gewalt in der Weimarer Republik*, Stuttgart 2019.

18 Vgl. Detlef Lehnert/Klaus Megerle (Hrsg.), *Politische Identität und nationale Gedenktage. Zur politischen Kultur in der Weimarer Republik*, Opladen 1988; dies. (Hrsg.), *Politische Teilkulturen zwischen Integration und Polarisierung. Zur politischen Kultur in der Weimarer Republik*, Opladen 1990.

junge Demokratie stark schwächte, sondern auch das demokratische Spektrum fand nicht zusammen, um Lagermentalität zu überwinden. In mancher Hinsicht lebten die Traditionen aus dem Kaiserreich fort. Die Weimarer Demokratie war eine „ungeliebte Republik“¹⁹.

6. Drittes Reich

Die von allen Seiten in ihrer totalitären Dynamik unterschätzten Nationalsozialisten überspielten schnell ihre Gegner, nicht nur durch Repression, sondern auch durch Camouflage. Mit dem inszenierten „Tag von Potsdam“, am 21. März 1933 anlässlich der Eröffnung des Reichstages in der Garnisonskirche, sollte die Aussöhnung des alten Preußentums mit den neuen Kräften symbolisiert werden. Am 21. März 1871 hatte die erste Sitzung des Reichstages im Kaiserreich stattgefunden.

Im Dritten Reich entfiel der „Verfassungstag“, den die Nationalsozialisten nur mit Hohn und Spott überzogen hatten, obwohl sie die Weimarer Verfassung niemals außer Kraft setzten. Der 1. Mai wurde per Gesetz vom 10. April 1933 zum „Feiertag der nationalen Arbeit“ erhoben – und damit zu einem gesetzlichen Feiertag. Dieser propagandistische Schachzug mit dem „Nationalen Feiertag des deutschen Volkes“, wie er später hieß, erfüllte zwar eine alte Forderung der Arbeiterschaft (seit 1891 gilt der 1. Mai als der internationale Kampftag der Arbeiterbewegung), schaltete deren Interessenvertretung jedoch flugs aus. Die Entscheidung – Feiertag mit Lohnfortzahlung – fand die Unterstützung der bald gewaltsam aufgelösten Gewerkschaften, die 1933 in der von Robert Ley ins Leben gerufenen Deutschen Arbeitsfront aufgingen, einem gleichgeschalteten Einheitsverband von Arbeitnehmern und Arbeitgebern. Zu anderen als erinnerungswürdig geltenden Tagen gehörten u.a. der „Heldengedenktag“ (der frühere Volkstrauertag), der „Geburtstag des Führers“ (20. April), der „Gedenktag für die Gefallenen der Bewegung“ (9. November).

Von 1933 bis 1935 war die Flagge des Dritten Reiches wie im Kaiserreich schwarz-weiß-rot, zunächst gemeinsam gehisst mit der Hakenkreuzflagge, ehe 1935 die Hakenkreuzflagge allein als Reichs- und Nationalflagge zur Geltung kam. Auf roten Hintergrund befand sich ein weißer Kreis, der ein schwarzes Hakenkreuz enthielt. Die Reichsfarben blieben gemäß dem Reichsflaggengesetz von 1935 schwarz-weiß-rot.

19 Vgl. Wolfgang Michalka/Gottfried Niedhart (Hrsg.), *Die ungeliebte Republik. Dokumente zur Innen- und Außenpolitik Weimars 1918-1933*, München 1994.

Bei offiziellen Anlässen wurde zunächst die erste Strophe des „Deutschlandliedes“ gesungen, bevor das „Horst-Wessel“-Lied ertönte. Horst Wessel, ein führender Kopf der Berliner SA, hatte seinen Text 1929 in der Gauzeitung der Berliner NSDAP „Der Angriff“ veröffentlicht. Er war 1930 von Kommunisten erschossen worden. Die NSDAP nutzte diesen Mord und feierte Wessel als einen Märtyrer. Totenkult gab es nicht nur bei ihm.²⁰ Das Horst-Wessel-Lied fungierte damals als eigentliche Nationalhymne. Der Text der ersten Strophe:

*Die Fahne hoch!
Die Reihen dicht geschlossen!
SA marschiert
Mit ruhig festem Schritt
|: Kam'raden, die Rotfront*

*Und Reaktion erschossen,
Marschier'n im Geist
In unser'n Reihen mit :|*

Was heute oft verkannt wird: Die Nationalsozialisten hatten es in einer Mischung aus Verführung und Gewalt verstanden, einen beträchtlichen Teil der Bevölkerung auf ihre Seite zu ziehen. Insofern ist die Wendung „deutsche Diktatur“ überaus zutreffend. Die Widerstandskämpfer vom 20. Juli 1944 wurden nicht nur von der NS-Führung hasserfüllt wahrgenommen, sondern wohl auch die Mehrheit der deutschen Bevölkerung konnte diesem Versuch, Hitler zu stürzen, nichts Positives abgewinnen.

7. DDR

Nach dem Ende des „Tausendjährigen Reiches“ entstanden nach einer Übergangsphase zwei deutsche Staaten, die jeweils einen tiefen Bruch mit der Vergangenheit vollzogen, wenn auch einen höchst unterschiedlichen. Der 1. Mai blieb in der DDR als Feiertag erhalten, wiewohl mit einer anderen Funktion als „Internationaler Kampf- und Feiertag der Werktätigen“. Der Tag der Staatsgründung der DDR (7. Oktober) wurde ebenso ein Feiertag wie – bis 1966, als die Fünf-Tage-Woche aufkam, – der Jahrestag

20 Vgl. Sabine Behrenbeck, *Der Kult um die toten Helden. Nationalsozialistische Mythen, Riten und Symbole 1923 bis 1945*, Vierow 1996,

der „Befreiung vom Faschismus“ (8. Mai). Zu den Gedenktagen zählten u.a. der 15. Januar (Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg 1919), der 21. April (Gründung der SED 1946) und der 7. November („Tag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution“ 1917). Dieser Rückgriff auf Traditionsbestände²¹ führte nicht zu einer stärkeren Akzeptanz kommunistischen Gedankenguts. Später, in den 70er und 80er Jahren des 20. Jahrhunderts, versuchten sich ostdeutsche Historiker auch bürgerliche Traditionen anzueignen. Diese „Vereinnahmung“ relativierte indirekt das Gewicht kommunistischer Erfahrungen.

Die Farben der DDR waren von Anfang an Schwarz-Rot-Gold. 1949 stand Rot ebenso wenig ernsthaft zur Debatte wie das Schwarz-Weiß-Rot der propagandistisch genutzten Flagge des unter kommunistischer Direktive stehenden Nationalkomitees Freies Deutschland. Ob der Flagge „zwischen 1949 und 1990 eine wichtige Integrationsfunktion als einziges gesamtdeutsches Nationalsymbol“²² zukam, ist zu bezweifeln, zumal die DDR 1959 das Aussehen ihrer Flagge modifizierte, um die Abkehr von der Bundesrepublik Deutschland zu verdeutlichen: Die Mitte der Fahne „zierte“ nun das Emblem der DDR: Hammer und Zirkel, von einem Ährenkranz umgeben. Diese Motive sollten den Arbeiter- und Bauernstaat in Verbindung mit der Intelligenz symbolisieren. Noch bis 1969 schritt die westdeutsche Polizei beim Sichten der „Spalterflagge“ ein.

Die zuweilen als „Friedenslied“ bezeichnete Hymne von Johannes R. Becher „Auferstanden aus Ruinen“ und der Melodie Hanns Eislers wurde 1949 zur Nationalhymne erkoren. Sie zielte auf das ganze Deutschland und enthielt sich kommunistischer Parolen. Ihre erste Strophe hieß:

*Auferstanden aus Ruinen
Und der Zukunft zugewandt
Lass uns dir zum Guten dienen
Deutschland, einig Vaterland.*

Da die DDR, ein weithin künstliches Gebilde, ab Anfang der 70er Jahre von der deutschen Einheit abgerückt war, wurde die Hymne wegen der Wendung „Deutschland, einig Vaterland“ nicht mehr gesungen. Der Ruf „Deutschland, einig Vaterland“ spielte dagegen Ende 1989, Anfang 1990

21 Vgl. etwa Barbara Könczöl, *Märtyrer des Sozialismus. Die SED und das Gedenken an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht*, Frankfurt a. M. 2008.

22 So Rainer Bovermann, Art. Staatssymbole, in: Uwe Andersen/Wichard Woyke (Hrsg.), *Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland*, 7. Aufl., Wiesbaden 2013, S. 650.

bei den Massendemonstrationen eine große Rolle. Insofern stellten diese Zeilen, paradox genug, beim Ziel, den eigenen Staat abzuschaffen, einen Berufungstitel dar.

Die Versuche der DDR, mit ihren Symbolen Anerkennung bei der Bevölkerung zu finden, schlugen fehl. Selbst „Antifaschismus“ wirkte nicht mehr. Die DDR-Bürger blieben weithin auf „den Westen“ fixiert. In dem Moment, in dem die Menschen nach dem Fall der Mauer frei reisen konnten, war es um das Bestehen des Staates geschehen. Eine DDR-Identität stand angesichts der Existenz der Bundesrepublik auf tönernen Füßen, nicht erst 1989. Das Paradoxe: Sie mag erst nach der deutschen Einheit entstanden sein, als manche Ostdeutschen sich aufgrund schwieriger Konstellationen – die Angleichung an den Westen dauert(e) länger – als Bürger zweiter Klasse empfanden.

8. Bundesrepublik Deutschland

In der Bundesrepublik Deutschland wurde bald nach der niedergeschlagenen Volkserhebung am 17. Juni 1953 in Ostberlin und in der DDR dieser 17. Juni ein gesetzlicher Feiertag („Tag der deutschen Einheit“). Bis auf die Abgeordneten der KPD stimmten alle dem folgenden Gesetz zu: „Am 17. Juni 1953 hat sich das deutsche Volk in der sowjetischen Besatzungszone und in Ostberlin gegen die kommunistische Gewaltherrschaft erhoben und unter schweren Opfern seinen Willen zur Freiheit bekundet. Der 17. Juni ist dadurch zum Symbol der deutschen Einheit in Freiheit geworden. Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen: § 1: Der 17. Juni ist der Tag der deutschen Einheit. § 2: Der 17. Juni ist gesetzlicher Feiertag.“ Die Regierungsparteien (CDU/CSU, FDP, DP) hatten in ihrem Antrag einen „nationalen Gedenktag“ befürwortet, die Sozialdemokraten einen „Nationalfeiertag des deutschen Volkes“. Seinerzeit war die SPD nationaler orientiert als die Union. Das einstige Engagement von Millionen am 17. Juni (es gab nicht nur Veranstaltungen, sondern z.B. auch Fackel- und Stafettenläufe) nahm nach einigen Jahren ab. In der zweiten Hälfte mehrte sich unterschiedlich motivierte Kritik an diesem Feiertag. Zur Zeit der Großen Koalition wurde sogar eine Kabinettsvorlage zu seiner Abschaffung ausgearbeitet. In den siebziger und achtziger Jahren votierten vor allem Politiker aus den Reihen der SPD dafür, den 23. Mai als gesetzlichen Feiertag vorzusehen statt des 17. Juni – als Zeichen des Verfassungspatriotismus.

Zudem war für manche das Festhalten am 17. Juni als gesetzlichen Feiertag schwer mit den Prinzipien der Entspannungspolitik in Einklang zu bringen. Wieder andere bestritten, den Arbeitern sei es bei ihrer Erhebung um die Einheit gegangen. Die Gewerkschaften sahen den Feiertag als sozialen Besitzstand an. Die Erinnerung an den 17. Juni verlor im Bewusstsein der Westdeutschen immer mehr an Gewicht.²³

Der Herbstrevolution 1989 mit dem Zusammenbruch der SED-Diktatur folgte schnell die deutsche Einheit. Freiheits- und Einheitsrevolution gingen ineinander über. Dies hatte Konsequenzen für den Tag der deutschen Einheit. Der Einigungsvertrag behielt den Tag der Deutschen Einheit bei (jetzt mit großem „D“), doch ist es nicht mehr der 17. Juni, sondern der 3. Oktober – also der Tag, an dem die DDR der Bundesrepublik beiträt.²⁴ Ist diese Entscheidung nicht kritikwürdig? Die Politik schafft den 17. Juni in dem Moment als Feiertag ab, in dem das wahr wird, wofür die Demonstranten auf die Straße gegangen sind. Der 3. Oktober ist eher ein künstlich herbeigeführter Tag, der nicht – pathetisch gesprochen – den Geist der Geschichte atmet. Die Volkskammer konnte aus außenpolitischen Gründen (Tagung der KSZE-Außenministerkonferenz am 1. und 2. Oktober 1990) keinen Termin vor dem 3. Oktober wählen, und die Mehrheit der Abgeordneten wollte einen weiteren 7. Oktober im DDR-Staat vermeiden. So kam am 23. Oktober 1990 nach langen Diskussionen der 3. Oktober als Tag des Beitritts zustande. Bei einem Erfolg des DSU-Antrages am 17. Juni, sofort den Beitritt zur Bundesrepublik zu vollziehen, wäre der neue Tag der deutschen Einheit mit dem alten zusammengefallen.

Deutschland ist durch eine doppelte diktatorische Vergangenheit geprägt, wie die unterschiedlichen Erinnerungstage belegen. Hätte sich ein anderes zentrales Datum angeboten: der 9. November? Die Deutschen verbinden damit im Guten wie im Schlechten Zäsuren. Am 9. November 1918 brach das autoritäre Kaiserreich zusammen; am 9. November 1923 scheiterte der Hitler-Putsch gegen die „Novemberverbrecher“; am 9. November 1938 gab es die von oben inszenierte „Reichskristallnacht“ mit anti-jüdischen Exzessen; am 9. November 1989 schließlich fiel die Mauer – und damit auch die Diktatur. Wäre bei einer Einigung auf den 9. November ein selbstkritischer Umgang mit der Geschichte erkennbar geworden? Kein Tag im 20. Jahrhundert bringt für Deutsche die Brüche so klar zum Ausdruck

23 Vgl. Bernd Eisenfeld/Ilko-Sascha Kowalczyk/Ehrhart Neubert, *Die verdrängte Revolution. Der Platz des 17. Juni 1953 in der deutschen Geschichte*, Bremen 2004.

24 Im Jahre 1990 war der 17. Juni und der 3. Oktober ein Feiertag.

wie der 9. November. Gewiss, ein 9. November lässt sich wegen derartiger Ambivalenzen nicht „feiern“. Mithin sollte der 9. November als ein weiterer Gedenktag in Frage kommen.

Der 1. Mai als der „Tag der Arbeit“ und der 3. Oktober als der „Tag der Deutschen Einheit“ sind die einzigen gesetzlichen Feiertage politischen Ursprungs, aber es gibt weitere politische Gedenktage. Die Verordnung zur Bestimmung der regelmäßigen Beflaggungstage schreibt neben dem 1. Mai und dem 3. Oktober sowie den Terminen für die Europa- und die Bundestagswahl die Beflaggung an den folgenden Tagen vor: 27. Januar (Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus), 9. Mai (Europatag), 23. Mai (Jahrestag der Verkündung des Grundgesetzes), 17. Juni (Jahrestag der Volkserhebung 1953), 20. Juni (Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung), 20. Juli (Jahrestag des Widerstandes gegen die NS-Herrschaft), 2. Sonntag vor dem 1. Advent (Volkstrauertag).

Konsequenzen für die Nationalflagge und die Nationalhymne blieben nach der deutschen Einheit aus. Allerdings gab es dabei Unterschiede. Über die schwarz-rot-goldenen Farben der Flagge entbrannte kein Streit, da sich die tragenden gesellschaftlichen Kräfte von Beginn an darin einig wussten, an ihnen festzuhalten. Was allerdings weithin unbekannt ist: Noch 1954 befürwortete bei Umfragen eine knappe Mehrheit Schwarz-Weiß-Rot im Vergleich zu Schwarz-Rot-Gold.²⁵ Lange hielten sich die Bundesbürger damit zurück, im wortwörtlichen Sinne „Flagge“ zu zeigen. Nach der Einheit ist dies selbstverständlicher geworden. Im Jahr 2006 war manches Straßenschild anlässlich der Fußballweltmeisterschaft im eigenen Land von einem Fahnenmeer „heimgesucht“, ohne nationalistische Anklänge. Die Metapher vom „deutschen „Sommermärchen“ in Erinnerung an Heinrich Heines „Wintermärchen“ kam auf.

Bei der Hymne bestand unter den Politikern anfänglich gewisser DisSENS. In der Bundesrepublik wurde nach einigem Hin und Her auf den Wunsch des Bundeskanzlers Konrad Adenauer die dritte Strophe des Deutschlandliedes durch den Bundespräsidenten Theodor Heuss im Jahr 1952 zur Nationalhymne erklärt, mit der Melodie von Joseph Haydn. Rudolf Alexander Schröders „Hymne an Deutschland“, der Wunsch des Bundespräsidenten, fand keinen Anklang. Als die Bundestagsgeordneten am Abend des 9. November 1989 vom Fall der Mauer erfuhren, standen sie auf und sangen die dritte Strophe (nicht die Abgeordneten der Grünen) des

25 Vgl. Elisabeth Noelle/Erich Peter Neumann (Hrsg.), *Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1947-1955*, 3. Aufl., Allensbach 1956, S. 159.

„Deutschlandliedes“. Bundespräsident Richard von Weizsäcker bekräftigte in einem Schreiben an Bundeskanzler Helmut Kohl, die dritte Strophe des Deutschlandliedes sei die „Nationalhymne für das Deutsche Volk“.

Die Kinderhymne Bertolt Brechts („Anmut sparet nicht noch Mühe“), die dieser 1950 gegen das „Deutschlandlied“ gedichtet hatte, konnte sich als Alternative zum Deutschlandlied nicht durchsetzen – gegen den Willen eines Teils ostdeutscher Bürgerrechtler. Werner Schulz von den Grünen etwa bemängelte das „Gefühl für einheitsstiftende Symbole“. Seine Kritik, die ausführlich zu Worte kommen soll: „Anstatt den historischen Moment für eine gemeinsame Hymne zu nutzen, im Wissen darum, dass gemeinsames Erlernen und Singen so etwas wie corporate identity fördert, wurde die alte Hymne beibehalten – eine Hymne, an der sich bis heute die Geister scheiden. [...] Dabei hätten wir die Verpflichtung gehabt, eine Hymne uns zu eigen zu machen, die bis 1964 als die Hymne der gemeinsamen Olympiamannschaft die Hoffnung auf ein vereintes Deutschland hochhielt. Es gab nichts Besseres als Beethovens ‚Ode an die Freude‘ mit Bertolt Brechts Hymne – ‚Anmut sparet nicht noch Mühe, Leidenschaft nicht noch Verstand, dass ein gutes Deutschland blühe, wie ein andres gutes Land‘ – zusammenzubringen. Was kann es Besseres geben als ein vereintes Deutschland, dass sich auf Beethoven und Brecht beruft?“²⁶ Wäre dieser diskussionswürdigen Idee gefolgt worden, hätte sich mit ihr möglicherweise die westdeutsche Gesellschaft nicht identifizieren können.

Als der liberale Bonner Politikwissenschaftler und Zeithistoriker Karl Dietrich Bracher 1986 in dem repräsentativen fünfbändigen Werk „Geschichte der Bundesrepublik Deutschland“ davon sprach, die Bundesrepublik Deutschland sei eine „post-nationale Demokratie unter Nationalstaaten“²⁷, vermochte er schwerlich zu ahnen, dass die Bundesrepublik Deutschland, nunmehr vereint, wenige Jahre später ein Nationalstaat unter Nationalstaaten sein würde. Die Idee vom „postnationalen“ Staat erwies sich als eine Chimäre, obwohl die These von der „Selbstanerkennung“ der Bundesrepublik Deutschland in den 80er Jahren verbreitet war.²⁸

26 Werner Schulz, „Was lange gärt, wird Wut“, in: Eckhard Jesse (Hrsg.), *Friedliche Revolution und deutsche Einheit. Sächsische Bürgerrechtler ziehen Bilanz*, Berlin 2006, S. 234 f.

27 Karl Dietrich Bracher, *Politik und Zeitgeist. Tendenzen der siebziger Jahre*, in: Ders./Wolfgang Jäger/Werner Link, *Republik im Wandel 1969-1974. Die Ära Brandt*, Bd. V/I, Stuttgart 1986, S. 405 f.

28 Vgl. Wilfried von Bredow, *Deutschland – ein Provisorium?*, Berlin 1988.

Das vereinigte Deutschland ist zu Recht europafreundlich, aber der Annahme, unsere Demokratie könnte Vorreiter eines riesengroßen europäischen Bundestaates sein, wohnt angesichts der höchst unterschiedlichen Erfahrungen ein hohes Maß an Illusion inne, jedenfalls auf absehbare Zeit. Wer ihn anstrebt, fördert wider Willen Nationalismus. „Die Idee einer Staatswerdung Europas geht nicht von den Völkern Europas aus und wird nicht von ihnen getragen.“²⁹ Hingegen können sich sehr viele Bürger mit dem europafreundlichen deutschen Nationalstaat identifizieren.

9. Schluss

Wer die Auseinandersetzung mit den drei Symbolen – Nationalfeiertage, Nationalfarben, Nationalhymnen – in den einzelnen Systemen miteinander vergleicht, erkennt, wie nicht anders zu erwarten, Parallelen und Unterschiede. Ohne größere Diskussionen verliefen die Debatten in der Demokratie der Bundesrepublik Deutschland sowie in den Diktaturen des Dritten Reiches und der DDR. Dieser Umstand liegt darin begründet, dass in der Bunderepublik ungeachtet einiger Streitpunkte schnell ein von der Bevölkerung getragener Konsens hervortrat. Diesem Konsens von unten stand im Dritten Reich und in der DDR ein Konsens von oben gegenüber. Hingegen sahen sich das Kaiserreich und die Weimarer Republik mit größeren Kontroversen in puncto Identität konfrontiert. Im Kaiserreich, dem ersten deutschen Nationalstaat, gab es keine von den meisten akzeptierte Tradition, die als Stütze dienen konnte. Daher blieb, anders als bei den Reichsfarben, eine Einigung beim Nationalfeiertag wie bei der Nationalhymne aus. Die politische Kultur der nachfolgenden Weimarer Republik fiel zerklüftet aus. Das förderte den heftigen Streit über die nationalen Symbole. Es fiel seinerzeit vielen schwer, Brücken zum politischen Gegner zu schlagen.

Die Deutschen haben ihre bitteren Lektionen augenscheinlich gelernt. Die Einheit, vor 30 Jahren vollzogen, ist geglückt. Sie hat den Nationalismus geschwächt und den Patriotismus gestärkt. So gut wie niemand will ungeachtet manches Geschimpfes im Osten wie im Westen die Zeit der Teilung zurückhaben. Der Streit um den Nationalfeiertag, um die Fahne und um die Hymne gehört der Vergangenheit an, wenn er sich überhaupt jemals

²⁹ So Peter Graf Kielmansegg, *Wohin des Wegs, Europa? Beiträge zu einer überfälligen Debatte*, Baden-Baden 2015, S. 156.

zu einem Politikum auswuchs. Das Verhältnis zu nationalen Symbolen ist längst entspannt.³⁰

Wer heutzutage – in der Regel von rechts – mit schwarz-weiß-roten Fahnen demonstriert, verstößt gegen kein Gesetz, doch verstößt er gegen den demokratischen Konsens. Gleiches gilt für den, der – in der Regel von links – gegen die schwarz-rot-goldene Flagge aufbegehrt. Aber solche Vorgänge betreffen nicht die Masse der Bevölkerung. Irritationen sind unbegründet.

Die Europäische Union hat auch Symbole geschaffen, die freilich bisher keine sonderlich große Strahlkraft entwickeln konnten. Der europäische Leitspruch lautet: „In varietate concordia“ (auf deutsch: „In Vielfalt geeint“). Als Europatag gilt für die Staaten der Europäischen Union seit 1985 der 9. Mai – zur Erinnerung an den Plan von Robert Schuman von 1950, der in gewisser Weise die europäische Integration in Gang gesetzt hat. Als Farben der Europaflagge gelten blau-gold. Auf blauem Grund sind zwölf goldene Sterne – sie sollen nicht die Zahl der Staaten symbolisieren, sondern europäische Einheit – kreisförmig angeordnet. Nach längerer Diskussion sehen die europäischen Institutionen diese Flagge seit 1985 für die Europäische Union als verbindlich an, nachdem der Europarat sie bereits 1955 verwendet hatte. Als Europahymne, die für Verständigung und Zusammengehörigkeit steht, firmiert seit 1985 ein Satz aus der Neunten Sinfonie Ludwig van Beethoven, entstanden im Jahr 1823. Sie stellt eine Vertonung von Friedrich Schillers „Ode an die Freude“ dar, verzichtet aber auf den Text. Wie diese Beispiele belegen, ist auch hier die Annahme verbreitet, solche einheitsstiftenden Symbole könnten Zusammengehörigkeit stärken. Diese Symbole Europas stehen in keinem Gegensatz zu den nationalen. Allerdings sah dies Großbritannien anders – deswegen tauchen sie im Vertrag von Lissabon nicht mehr auf.

Deutschland hat keine Gebietsansprüche, und kein anderes Land meldet Ansprüche auf deutsche Territorien an. Es ist trotz aller Spannungen mit sich augenscheinlich im Reinen. Das war in der Vergangenheit nicht immer so. Selbsthass, wie ihn „Antideutsche“ kultivieren, und Selbstvergottung, beheimatet in nationalistischen Kreisen, sollten der Vergangenheit angehören, im präskriptiven wie im prospektiven Sinne. Bald ist die stabile Bundesrepublik Deutschland so alt wie das Kaiserreich, die Weimarer Republik und das Dritte Reich zusammen.

30 Vgl. etwa den Band: Matthias Rößler (Hrsg.), Einigkeit und Recht und Freiheit. Deutscher Patriotismus in Europa, Freiburg/Brs. 2006.

Wer heutzutage an das Kaiserreich erinnert, an Unterschiede wie Parallelen, will nicht delegitimierende Nostalgie wecken, sondern eine Zeit wachrufen, aus der Politiker der Gegenwart gelernt haben. „Helmut Kohls Konzept, die deutsche Wiedervereinigung und die Schaffung eines integrierten Europa als zwei Seiten derselben Medaille zu verstehen, war [...] die Antwort auf Phobien, die sich beim Blick auf die Reichsgründung Bismarcks ergaben.“³¹

Bei den Demonstrationen gegen staatliche Schutzmaßnahmen im Zusammenhang mit Covid-19 sind als Zeichen des Protestes mitunter die Reichsfarben schwarz-weiß-rot zu sichten. Ist dies ein Indiz für eine neue Attraktivität des Kaiserreiches? Nein! Wer die Fahnen des Kaiserreiches auf solchen Kundgebungen schenkt, es sind nur wenige, will provozieren, aber nicht ernsthaft an diese Vergangenheit anknüpfen. Das Zeigen solcher Flaggen zu verbieten, wie dies Erlasse in einigen Bundesländern vorsehen, stellt ein Zeichen der Illiberalität dar.³²

31 Hans-Peter Schwarz, Reichsgründung und Wiedervereinigung. Variationen zum Thema „Vergleichbarkeit und Unvergleichbarkeit“ von Otto von Bismarck und Helmut Kohl, in: Tilman Mayer (Anm. 12), S. 45.

32 Vgl. das Interview von Hansjörg Friedrich mit Dieter Langewiesche, „Die Gruppen stehen nicht hinter dem, was das Kaiserreich sein wollte“, in: Neue Zürcher Zeitung vom 7. Oktober 2020, S. 4.

1968 – und 50 Jahre später. Eine deutsch-deutsche Bestandsaufnahme¹

1. Gegensätzliche, und doch ähnliche Standpunkte

„Wenn sich die Kanzlerin zum ‚Feminismus‘ bekennt und der Bundespräsident von der ‚unfassbaren Schuld‘ spricht, die ‚wir Deutsche‘ auf uns geladen haben; wenn wir 1945 von den Amerikanern ‚befreit‘ wurden, aber die Yankees seither nur imperialistische Kriege führen; wenn Art. 1 GG als Monstranz der Zivilreligion dient und Gleichheit als unumstößlicher Glaubenssatz; wenn man die Kaserne nach dem letzten Wehrmachtstahlhelm durchsucht und das Eiserne Kreuz in Regenbogenfarben leuchtet; wenn Habermas als bedeutendster Philosoph der Gegenwart gilt und Enzensberger als bedeutendster Dichter; wenn der Zusammenhang zwischen höherer Bildung und nationalem Selbsthass evident ist; wenn der Kommunismus ‚an sich‘ eine gute Idee war und die Errungenschaften der DDR immer noch verteidigt werden; wenn in einem bürgerlichen Organ Rassismus beim Zweifel am dauerhaft friedlichen Zusammenleben verschiedener Ethnien beginnt und der Zentralrat der Muslime definiert, was ‚Leitkultur‘ ist; wenn der Großkonzern findet, dass seine Mitarbeiter nicht ‚bunt‘ genug sind, und man die Menschen, die schon länger hier leben, ungestraft als ‚Köterrassen‘ beschimpft; [...] wenn ‚Angstfreiheit‘ als Fetisch des Erziehungswesens aufgestellt wird, und das gleich neben ‚Gewaltlosigkeit‘ und ‚positiver Verstärkung‘; wenn nie zuvor so große Harmonie zwischen den Wertvorstellungen von Kindern und Eltern bestand und aufs Maulen automatische Wunscherfüllung folgt – dann hat das alles mit ´68 zu tun.“² So lauten die ersten plakativen Sätze des rechten, nicht: rechtsextremistischen Publizisten Karlheinz Weißmann, keinem 68er.

Und so lautet die Interpretation der linken, nicht linksextremistischen Publizistin Barbara Sichermann, einer 68erin: „Sie machte von sich reden, die Neue Linke, die antiautoritäre Bewegung, die Außerparlamentarische

1 Zur Erinnerung an Dieter Dumath, Reinhard Eißrich, Uwe Keil, Rüdiger Krainau, Roland Peter und Werner Wobbe aus dem ersten Jahrgang des Wolfsburg-Kollegs 1968.
2 Karlheinz Weißmann, Kulturbruch ´68. Die linke Revolte und ihre Folgen, Berlin 2017, S. 7f.

Opposition (APO). Es wurde vieles ausprobiert in jenen Jahren, und was besonders überzeugte und bereichsweise überlebte, ist eine veränderte Einstellung gegenüber den Ausführungsbestimmungen der Demokratie. Auch Lehrlinge und Putzfrauen sollen mitreden auf einer Betriebsversammlung. Hierarchien müssen nicht sein, sie können flach sein oder ganz entfallen, und Kritik an Vorgesetzten ist weniger eine Unverschämtheit als vielmehr eine Notwendigkeit. Widerspruch ist wichtig und Abweichung von der Norm erwünscht. Der Gehorsam als Modus der Verständigung in Organisationen und zwischen Männern und Frauen gehört zum alten Eisen einer versunkenen Epoche. Jugendliche sollen in Wohngemeinschaften ziehen können, ohne ihre Eltern bitten zu müssen, Liebende zusammenkommen, ohne einen Trauschein vorzulegen, und Frauen haben noch andere Lebensziele als Kaffeekochen für die Kerle. Arbeit muss nicht entfremdet und unerträglich sein, es gibt Alternativen. Was häufig als Modernisierungsprogramm für die westlichen Gesellschaften bezeichnet wurde, das ohnehin auf der Tagesordnung stand, war viel mehr. Es war eine Blaupause für das *Streben nach Glück*.³ Ungeachtet der krass unterschiedlichen Bewertung, die in beiden Fällen überzieht: Die Positionen decken sich insofern, als sie jeweils der 68er-Bewegung einen ungeheuren Stellenwert zuschreiben. Aber waren die genannten Vorgänge wirklich alles Folgen von 1968?

2. Ungebrochenes Interesse

Jedenfalls: Das Thema fasziniert, zumal ein halbes Säkulum danach. Davon zeugt die Fülle der einschlägigen Bücher, die allein in den ersten drei Monaten des Jahres 2018 den Markt überschwemmten, darunter die Gesamtdarstellung von Richard Vinen, einem britischen Gelehrten, der einen sehr guten, kenntnisreichen Überblick zu 1968 in ausgewählten Demokratien (neben der Bundesrepublik Deutschland: USA, Frankreich, Großbritannien) bietet und der weder als unkritischer Verteidiger noch als scharfer Ankläger der 68er argumentiert; die Studie von Detlef Siegfried, einem Zeithistoriker (in Kopenhagen lehrend), der mit großer Sympathie den Protest der 68er einfängt und deren Langzeitwirkung betont – ungefähr eine Million hätte sich ein Jahrzehnt später in der alternativen Szene ge-

3 So Barbara Sichtermann, Freiheit und Glück als politische Kategorien, in: Susanne Schüssler (Hrsg.), Wetterbericht. '68 und die Krise der Demokratie Berlin 2017, S. 190. (Hervorhebung im Original)

tummelt; die „Gesellschaftsgeschichte“ Christina von Hodenbergs, welche die prägende Rolle der Frauen herauszuarbeiten sucht und den Nachweis dafür liefern will, dass die Kritik an den Versäumnissen der Aufarbeitung der NS-Vergangenheit nicht im Vordergrund stand; Heinz Bude lässt in seinem Essay, der auf Interviews mit Beteiligten basiert, gut erkennen, wie stark „68“ seinerzeit polarisiert hat. Und Alexander Sedlmaier analysiert in einer gelehrten Abhandlung die Rolle der Konsumkritik bei den 68ern, aber nicht nur bei ihnen.⁴

Was auffällt: Viele Arbeiten sind stark autobiographisch geprägt, so Gretchen Dutschkes Schilderung über das Lebens ihres Mannes vor und nach dem Attentat vom 11. April 1968; so Ulrike Heiders anschauliche Berichte über die turbulente Zeit an der Frankfurter Universität; so Claus Kochs Geschichte dreier Generationen, der 68er sowie ihrer Eltern und Kinder; so der Essay von Willi Jasper, einst ein führendes Mitglied der maoistischen KPD, über Fragen an die Vergangenheit wie Fragen an die Zukunft.⁵ Eine Reihe von Titeln stellt auf die 68er-Bewegung in einzelnen Städten ab, sei es Berlin oder Frankfurt, sei es München oder Tübingen.⁶ Zuweilen überlagert Nostalgie kritische Reflexion bei den „Veteranen“.

Dieser Befund gilt nicht für das wohl tiefeschürfendste Buch zur 68er-Bewegung von Gerd Koenen, lange ein führender Funktionär des maoistischen Kommunistischen Bundes Westdeutschlands und heute einer der besten Historiker zur Geschichte des Kommunismus.⁷ Die von autobiographischen Reminiszenzen durchsetzte Studie aus dem Jahre 2001 mit dem symbolträchtigen Titel „Das rote Jahrzehnt“, wobei dieser Terminus auf Arthur Koestler zurückgeht, versteht es, das Jahrzehnt von den Schüssen

4 Vgl. Richard Vinen, 1968 – der lange Protest. Biografie eines Jahrzehnts, München 2018; Detlef Siegfried, 1968. Protest, Revolte, Gegenkultur, Ditzingen 2018; Christina von Hodenberg, Das andere Achtundsechzig. Gesellschaftsgeschichte einer Revolte, München 2018; Heinz Bude, Adorno für Kinder. Eine Geschichte von 1968, München 2018; Alexander Sedlmaier, Konsum und Gewalt. Radikaler Protest in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 2018.

5 Vgl. Gretchen Dutschke, 1968. Worauf wir stolz sein dürfen, Berlin 2018; Ulrike Heider, Keine Ruhe nach dem Sturm, Berlin 2018; Claus Koch, 1968. Drei Generationen - eine Geschichte, Gütersloh 2018; Willi Jasper, Der gläserne Sarg. Erinnerungen an 1968 und die deutsche „Kulturrevolution“, Berlin 2018.

6 Vgl. etwa Karl Stankiewicz, München 68 – Traumstadt in Bewegung, München 2018; Bernd Jürgen Warneken, Mein 68 begann 65. Eine Tübinger Retrospektive, Tübingen 2018.

7 Vgl. Gerd Koenen, Utopie der Säuberung. Was war der Kommunismus?, Berlin 2010; ders., Die Farbe Rot. Ursprünge und Geschichte des Kommunismus, München 2017.

auf Benno Ohnesorg bis zu den Schüssen auf die Bewacher von Hanns Martin Schleyer in seiner farbigen Vielgestaltigkeit einzufangen, wobei der Schwerpunkt auf dem Linksaußenmilieu liegt. Koenen schildert Phänomene dieser Zeit, etwa lebenskulturelle Umbrüche, ohne jeden Hang zur Verharmlosung, ebenso ohne die dämonisierende Perspektive, wie das oft bei Renegaten vorkommt.⁸

An die Seite Koenens gesellt sich Wolfgang Kraushaar, der wie wohl kein zweiter dieses Themenfeld derart intensiv beackert hat. Der frühere 68er wahrt in seinen empirisch dichten, analytisch tiefschürfenden Studien immer kühle Distanz.⁹ Allein in den ersten Monaten des Jahres 2018 sind von ihm zwei Studien auf den Buchmarkt gekommen. In der einen schildert er kompakt Ursachen und Folgen der 68er, in der anderen ausführlich ihre „blinde Flecken“.¹⁰

3. Zäsur? Zäsur!

Deutschland hat im 20. Jahrhundert vier große Zäsuren erlebt: 1918/19, 1933, 1945/49 und 1989/90.¹¹ Wurde 1918 das autoritäre Kaiserreich beseitigt, gelangte 1933 die Weimarer Republik an ihr Ende, brach 1945 das Dritte Reich zusammen (durch äußere Einwirkungen), so musste 1989 die SED-Diktatur kapitulieren (vornehmlich durch innere Einwirkungen). Der Freiheitsrevolution folgte binnen eines Jahres die Einheitsrevolution. Die DDR war damit Geschichte. Kaum ein Staat der Welt hat derartige tiefgreifende Zäsuren innerhalb dieses Säkulums erlebt. Freilich: Während es über die grundsätzliche Triftigkeit solcher Großzäsuren, die nicht nur die Politik beeinflussten, keinen ernsthaften Streit gibt, weichen bei jeder

8 Vgl. ders., *Das rote Jahrzehnt. Unsere kleine deutsche Kulturrevolution 1967-1977*, Köln 2001; siehe auch ders., *Vesper*, Ensslin, Baader. Urszenen des deutschen Terrorismus, Köln 2003.

9 Vgl. Wolfgang Kraushaar (Hrsg.), *Frankfurter Schule und Studentenbewegung. Von der Flaschenpost zum Molotowcocktail*, 3 Bde., Hamburg 1998; *1968 – das Jahr, das alles verändert hat*, München 1998; *1968 als Mythos, Chiffre und Zäsur*, Hamburg 2000; *Achtundsechzig. Eine Bilanz*, Hamburg 2008.

10 Vgl. ders., *1968. 100 Seiten*, Ditzingen 2018; *Die blinden Flecken der 68er-Bewegung*, Stuttgart 2018.

11 Vgl. Eckhard Jesse, *Systemwechsel in Deutschland. 1918/19 – 1933 – 1945/49 – 1989/90*, 4. Aufl., Bonn 2013.

konkreten Binnenperiodisierung die Interpretationen bisweilen recht stark voneinander ab.¹²

Periodisierungen liegen stets Deutungen zugrunde. Hans-Peter Schwarz spielt die Frage nach Einschnitten mit Blick auf die Historie Deutschlands nach 1945 herunter: „Die eigentliche Zäsur in der neuesten Geschichte Deutschlands und Europas ist die Geschichte der Bundesrepublik selbst. Die Bedingungen, Akteure, Institutionen und Politiken, die den Umschlag von der Instabilität zur Stabilität bewirkt haben und weiter bewirken, sind die interessantesten Themen. Was sich innerhalb dieser von ständigem, erfolgreichem Bemühen um dynamisches Gleichgewicht gekennzeichneten Stabilitätsgeschichte an segmentären Zäsuren eingestellt hat, verdient zwar sicher auch ein gewisses Interesse. Es ist aber doch zweitrangig vor der großen Frage, wie es eigentlich kam und möglich war, dass ein ursprünglich zutiefst hysterisiertes Volk inmitten eines aufgewühlten Kontinents fast auf Antrieb zur zivilisierten Ruhe kam und im großen und ganzen dabei geblieben ist. Diese Zäsur gilt es zu erforschen.“¹³ Ja, doch das darf nicht bedeuten, andere Einschnitte auszublenden.

Die 68er-Bewegung stellt offenkundig einen solchen markanten Punkt dar, aber in einem anderen Sinne als die erwähnten Großzäsuren. Schließlich wurde kein Systemwechsel herbeigeführt, sondern ein fundamentaler Wandel in politisch-kultureller Hinsicht ausgelöst: und zwar nahezu weltweit, vergleichbar der Digitalisierung im Bereich der Kommunikation und der Globalisierung nicht nur im ökonomischen Feld. Wer vom Schlüsseljahr 1968 spricht, sollte sich dessen bewusst sein, dass es ein „langes Jahr“ war.

Für manche begann die 68er-Bewegung 1964 (Georg Pichts „Deutsche Bildungskatstrophe“ erschien seinerzeit ebenso wie Herbert Marcuses „Ein-dimensionaler Mensch“). „In diesem Jahr gab es ein Sammelsurium von Phänomenen, die charakteristisch oder voraussetzungs-voll für den ‚Topos‘ sind, jedoch eben nicht erst in jenem Jahr auftraten.“¹⁴ Wer noch weiter

12 Vgl. etwa Alexander Gallus, Zäsuren in der Geschichte der Bundesrepublik, in: Hans-Peter Schwarz (Hrsg.), Die Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz nach 60 Jahren, Köln u.a. 2008, S. 35-56. Siehe auch ders. (Hrsg.), Deutsche Zäsuren. Systemwechsel seit 1806, Köln u. a. 2006.

13 Hans-Peter Schwarz, Segmentäre Zäsuren. 1949-1989: eine Außenpolitik der gleitenden Übergänge, in: Martin Broszat (Hrsg.), Zäsuren nach 1945. Essays zur Periodisierung der deutschen Nachkriegsgeschichte, München 1990, S. 18 f.

14 So Robert Lorenz/Franz Walter, 1964. Anfänge des tiefgreifenden gesellschaftlichen Wandels, in: Dies. (Hrsg.), 1964 – das Jahr, mit dem „68“ begann, Bielefeld 2014, S. 31.